

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe
nummer 17

Februar / März 2003

Nicht nur das Wendland wurde "ver-rückt"

Sprachkurs für Flüchtlinge

Erstes "Europäisches
Sozialforum" (ESF) in
Florenz

"Wir dürfen nicht
vergessen, dass
der Feind
im eigenen
Land steht"

Beginn einer
neuen
Welt-Un-
Ordnung

Mit Ihrer Hilfe
in nur fünf
Jahren zum
Atomausstieg!



Inhalt

Nicht nur das Wendland wurde "ver-rückt" - Dorfneugründung auch in Celle	Seite 03
Hartz bleibt Käse	Seite 04
Sprachkurs für Flüchtlinge	Seite 05
Erstes "Europäisches Sozialforum" (ESF) in Florenz - Ein anderes Europa ist möglich	Seite 06
Eine problematische Story im Spiegel	Seite 07
Interview mit Winfried Wolf zum bevorstehenden Irakkrieg	Seite 08
2. Golfkrieg - Beginn einer neuen Welt-Un-Ordnung	Seite 12
LeserInnenbriefe	Seite 16
Antikriegsaktion bei Struck-Veranstaltung in Winsen	Seite 17
Lokales - Meldungen	Seite 18
Mit Ihrer Hilfe in nur fünf Jahren zum Atomausstieg	Seite 20
Shara Wagenknecht: Myhtos Demograhie	Seite 21
Kurdische Migration und Bildungspolitik	Seite 25
ver.di bezieht Stellung gegen Krieg und Hartz	Seite 26
Termine	Seite 27

Hallo, Ihr alle!

Ja, auch ich habe über die Feiertage zugelegt, jetzt bin ich schon 28 Seiten dick - aber das bleibt sicher nicht so. Es waren halt so viele interessante Zuschriften und Artikel, da konnten sich meine MacherInnen von nichts trennen.

Auf die Umfrage vom letzten mal kamen ja nicht gerade viele Antworten. Die Frage lautete: wo findet Ihr mich und was lest Ihr am liebsten von mir. Es gibt einen Gewinner, die CD wird hoffentlich bald überreicht.

Was gibt's neues bei mir? Ich bin notorisch pleite, aber das Gejammer kennt Ihr ja schon. Mit meinem Layout haben sich diesmal nur zwei arme Leute rumgeplagt, der Korrekturleser ist im Urlaub, also seht doch bitte über Tipfehler großzügig hinweg. Und endlich mal ein großes Lob und Dankeschön an unseren Hauptschreiber, ohne Dich gäb's mich sicher nicht.

So, und nun wünsche ich Euch ein paar anregende Stunden oder Minuten bei meiner Lektüre. Mich gibt's das nächste mal Anfang April.

Bis dahin

Eure revista



Impressum:

Revista, Nr.17 ■ Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro). ■ Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
■ eMail: Revista@gmx.de ■ V.i.S.d.P.: Ralf Hbner
■ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr: 108 099 698, Stichwort 'Revista' ■ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personennamen gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

■ <http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Nicht nur das Wendland wurde "ver-rückt" Dorfneugründung auch in Celle

Noch bevor der Castor im November 2002 in La Hague losgefahren war, gründeten Celler AKW-GegnerInnen im Ortsteil Garßen an der Bundesbahnstrecke das Widerstandsdorf "Neu-Celle". Zwei Tage lang konnten die Bahnreisenden dann vom Zug aus ein Transparent sehen, auf dem stand "Aktionen gegen Deutsche Bahn. Sie unterstützt den Castor-Wahn." Im März 1997 und März 2001 waren die Castor-Transporte ins Wendland über Celle gelaufen. Im November 2002 blieb Celle von der Durchfahrt des bisher größten Atommülltransports durch Deutschland verschont. In einem Interview berichten die Celler AtomgegnerInnen über die Aktion.

Vom wem ging die Dorfneugründung aus?

Seit gut einem Jahr gibt es in Celle wieder eine regelmäßig arbeitende BI, das "Forum gegen Atomenergie". Wir sind eine Gruppe von 10-15 aktiven AtomkraftgegnerInnen und versuchen, mit Aktionen und Infoveranstaltungen auf die Gefahren der Atomenergie hinzuweisen. Zur Vorbereitung unseres Widerstandes gegen den Castortransport im November 2002 haben wir ein paar Wochen vor dem Transporttermin eine Radtour entlang der Bahnstrecke im Celler Stadtgebiet unternommen. Dabei haben wir im Ortsteil Garßen an einem stillgelegten alten Bahnhof direkt an den Schienen einen fast idealen Platz für eine "Dorfneugründung" gefunden. Der Anstoß dazu kam aus dem Wendland, wo unter dem Motto "Das Wendland wird ver-rückt" zu Dorfneugründungen entlang der Transportstrecke aufgerufen worden war.

Es war ja wohl dann die einzige "Dorfgründung" außerhalb des Wendlands. Worum ging es Euch vor Ort?

Wir wollten deutlich machen, dass es sich bei dem Protest gegen die Castor-Transporte und die Atomwirtschaft nicht um eine regionale, nur wendländische Erscheinung handelt, sondern dass es in vielen Städten aktiven Widerstand gegen die Atomenergie gibt und dass der angebliche Atomkonsens nicht zu einer Befriedung in dieser Frage geführt hat. Nebenbei hofften wir natürlich auch auf eine wachsende Unterstützung von Celler Bürgerinnen und Bürger, von denen vielen sicherlich nicht bewusst ist, dass sie unmittelbar an einer Bahnstrecke leben, auf der regelmäßig hochgefährliche strahlende Fracht transportiert wird.

Wie lief die Aktion dann ab?

Es fand sich nach kurzer Vorbereitung und ohne öffentlichen Aufruf am Montag Mittag eine bunt gemischte Gruppe von ungefähr zehn AktivistInnen am Treffpunkt in Garßen ein. Wir sind eigentlich davon ausgegangen, dass wir uns an der Bahnstrecke zwar ein wenig häuslich einrichten, aber dann doch relativ zügig vom Bundesgrenzschutz vertrieben werden. Unsere Einschätzung sollte sich als falsch erweisen. Nachdem wir unser Transparent aufgestellt, zwei Feuer entzündet und uns unter einer Markise eines Campingbusses regensicher eingerichtet hatten, kamen auch schon die erwarteten Herren in grün mit zwei Fahrzeugen und acht Leuten. Da wir uns nicht auf den Gleisen sondern nur daneben aufhielten, beließ man es mit einer Dauerbeobachtung. Vielleicht war ihre Überlegung, dass ein repressives Vorgehen gegebenenfalls mehr Öffentlichkeit hervorruft. Aber das ist eher spekulativ. Unser Platz war offensichtlich gut gewählt. Nachdem auch die Vertreter der örtlichen Presse ziemlich schnell da waren und uns interviewt hatten, mussten wir uns umgehend



daran machen, das Dorf länger als angenommen mit Leben zu füllen. Auf jeden Fall hatten wir ja schon mal eine eigene Polizeistation im Dorf.

Was lief dann noch in der Zeit, bis klar war, dass der Transport nicht über Celle kommt?

Durch viele hilfsbereite UnterstützerInnen war die Versorgung mit Essen, Trinken, Feuerholz und alles, was man sonst so braucht, schnell gesichert. Wir haben dann organisiert, dass tagsüber immer wenigstens eine kleine Gruppe anwesend ist. Zum Abend hin wurde es dann immer wie von selbst voll und lebendig. In der ersten Nacht gab's einen geselligen Lagerfeuerabend mit Glühwein und in der zweiten Nacht konnten wir mit einem geliehenen Stromaggregat und einem Video-Beamer sogar einen Open-Air-Kinoabend auf die Beine stellen. Gerade für AKW-GegnerInnen, die wegen Schule, Beruf oder anderer Gründe nicht ins Wendland konnten, war's eine gute Möglichkeit zu protestieren und Kontakte zu knüpfen. Von Seiten der Bevölkerung war das Interesse zwar eher mau, aber durch die Berichterstattung in der Lokalzeitung haben dann doch viele Leute die Aktion mitbekommen, und uns anschließend auch darauf angesprochen.

Gab es zu irgendeinem Zeitpunkt noch Stress mit dem BGS?

Die verhielten sich durchgehend freundlich distanziert. Nur als ein Aktivist mal über die Schienen spazierte, wurde ihm ein Ordnungsgeld abgeknöpft. Etwas Spannung kam auf,

als sich im Laufe der zweiten Nacht die Castoren Niedersachsen näherten, ohne das bekannt war, welche Route der Zug nehmen würde. Als am frühen Morgen unsere ständigen Bewacher ihre Station auflösten, ohne Tschüss zu sagen, war uns klar, dass die Strahlenfracht nicht über Celle laufen würde. Unser Dorf war dann auch schneller verschwunden, als es entstanden war, weil es die BewohnerInnen auf schnellstem Weg ins Wendland trieb.

Wie bewertet Ihr die Aktion im Nachhinein?

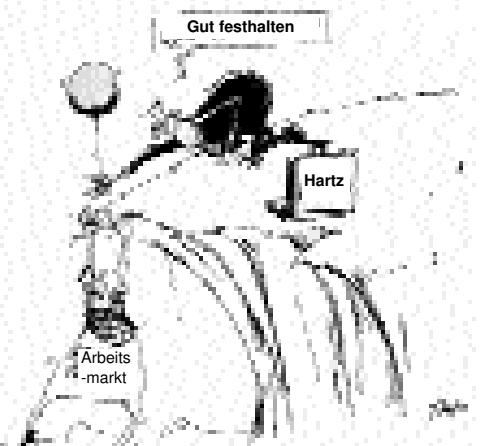
Rundherum positiv. Es wäre einen Versuch wert, beim nächsten Mal an möglichst vielen Orten entlang der potenziellen Transportstrecken solche Aktionen zu machen. Es gibt immer Leute, die aus unterschiedlichen Gründen nicht ins Wendland fahren können, aber schon nach Schulschluss oder Feierabend was machen wollen. Wie es dann konkret läuft, ist sicher immer von den örtlichen Gegebenheiten abhängig. In unserem Fall hat's über die Lokalberichterstattung eine Medienwirkung gehabt und Leute angezogen und einbezogen, die sonst nur am Radio oder Fernsehen die Aktionen im Wendland verfolgt hätten. Um das Interesse der Bevölkerung in stärkerem Maße zu wecken, wäre es wahrscheinlich sinnvoll, noch eine Forderung nach Offenlegung der Katastrophenschutzpläne zu stellen. Wobei es darum gehen sollte, die Unzulänglichkeit von Katastrophenschutzplänen deutlich zu machen und klarzustellen, dass die Gefahrenquellen - sprich Atoanlagen und Atomülltransporte - verschwinden müssen.

Korrektur - trotzdem Hartz bleibt Käse!

Nach unserem ausführlichen Bericht über die Umsetzung des Drangsalierungspaktes gegen Erwerbslose (= Hartz-Gesetze) hat sich insbesondere beim Aspekt "Leiharbeit" noch einiges geändert, kaum etwas zugunsten der Erwerbslosen, aber ein bisschen was zu Ungunsten der Unternehmer (weshalb das Talkshow-Gejammer wieder groß war). Wie sieht's jetzt aus: In jedem AA-Bezirk soll mindestens eine - hauptsächlich privat betriebene - Zeitarbeitsfirma (sogenannte PersonalServiceAgentur (PSA)) geschaffen werden. Der Service ist für die Unternehmer. Die ersten sechs Monate bekommt der Unternehmer nämlich seinen Anteil an den Sozialversicherungsbeiträgen vom Jobcenter (AA) geschenkt. Zusätzlich arbeitet der Entliehene sechs Wochen fürs ArbeitsLosengeld. Danach soll er den Tariflohn der jeweiligen Branche bekommen - aber nur, wenn die Leihfirma keinen eigenen Tarifvertrag abgeschlossen hat: Bei randstadt sind das z. B. 6,20 EUR pro Stunde. Ist die Entleihfirma nicht zufrieden, werden die Leiharbeiter ausgetauscht. Sie kann auch in den ersten sechs Monaten den Vertrag kündigen, worauf die Leihfirma ihren Arbeiter entlassen kann. Denn mit den neuen Gesetzen treten die Schutzregelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes außer Kraft. Erwerbslose

sind künftig grundsätzlich zur Leiharbeit verpflichtet.

Witzigerweise gibt's wohl im Gesetz eine Lücke, auf die der Bezirkserwerbslosenausschuss München der Gewerkschaft ver.di hingewiesen hat: Die Gewerkschaften sollen - so der Wunsch von Rot-Grün - Tarifverträge mit den PSA vereinbaren. Aber: Ohne solche Tarifverträge gilt gemäß des beschlossenen Gesetzes der im Entleih-Betrieb übliche Lohn und die dort übliche Arbeitszeit. Deshalb fordern die Münchner Erwerbslosen die Gewerkschaften auf, einfach k e i n e Tarifverträge abzuschließen.



"Mein Name ist Fahid. Wie heißt du?" Sprachkurs für Flüchtlinge

Seit zwei Jahren finden im Bunten Haus Sprachkurse für Flüchtlinge statt. Zu den Hintergründen und Erfahrungen führte revista im Januar ein Interview mit einem Teamer.

Weshalb habt ihr im Bunten Haus mit den Sprachkursen für Flüchtlinge begonnen?

Asylsuchende haben keinen Anspruch auf einen Sprachkurs. Das ist in vielerlei Hinsicht ein großes Problem. Die Flüchtlinge sind gerade in der schwierigsten Phase, also den ersten Monaten hier, in einem für sie fremden Land, fast gänzlich ohne Unterstützung. Die lange Zeit in Celle dominierende Gruppe der kurdischen Flüchtlinge konnte sich immer auf die große, schon vorhandene Community stützen. Ganz anders sieht das bei den Flüchtlingen aus, die in den vergangenen Jahren, vor allem aus Ländern des Nahen Ostens und Afrikas kamen und denen Celle als Aufenthaltsort zugewiesen wurde. Ihre Situation ist ja nicht mit unseren Auslandsaufenthalten in Ländern zu vergleichen, in denen wir uns kaum verständigen können. Wir sind dort erkennbar die - in aller Regel - erwünschten Touristen, während die Flüchtlinge hier in aller Regel erfahren, dass sie unerwünscht sind. Als Touristen mögen wir den Einheimischen nicht sympathisch sein, aber wir bringen Geld in ihre Kassen, was Toleranz und manchmal auf ihrer Seite gar den einen oder anderen Brocken Deutsch erzwingt. Und Geld ist im Unterschied dazu genau das, was Flüchtlinge nicht haben. Das macht - neben allen anderen Problemen - die Eingewöhnung in Deutschland nicht gerade einfach.

Wie gestaltet ihr die Kurse und wer nimmt teil?

Der Sprachkurs findet zweimal in der Woche statt, wobei wir zwei rotierende Teamergruppen haben. Bisher haben fast nur Männer teilgenommen, weil der Bedarf von weiblichen Flüchtlingen durch andere Träger abgedeckt war. Im ersten Jahr gehörten zum festen Teilnehmerkreis zwei Männer aus Afghanistan, ein Iraner und einige Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern. Die Gruppe hatte den Vorteil, dass alle alphabetisiert waren und Deutsch in aller Regel nicht ihre erste Fremdsprache war. Eine andere Gruppe, die noch heute am Kurs teilnimmt, sind Kurden aus Syrien, die aus ländlichen Milieus kommen und zum Teil nicht alphabetisiert sind. Zuletzt sind Flüchtlinge aus dem Irak und dem Iran neu dazugestoßen.

Gibt es eigentlich geeignete Arbeitsmaterialien?

Ja und nein. Wir haben einige Sprachbücher "Deutsch für Ausländer", nur sind diese Bücher nicht gerade an der Lebenssituation von Flüchtlingen orientiert. Sie sind gemacht für Touristen, Akademiker oder für "Au-Pair-Mädchen" von wohlhabenden Deutschen. Sie behandeln, touristische Themen und beschreiben eine heile Mittelklasse-Welt. Für uns bedeutet das, dass wir uns die meisten Arbeitsmaterialien selbst zusammensuchen. Ein Sprachbuch ist zwar ganz hilf-

reich, weil es Vokabelteile in unterschiedlichen Sprachen bietet, doch das war bislang nicht zu finanzieren.

Der Unterricht ist kostenlos. Bekommen die TeamerInnen ein Honorar?

Nein. Woher auch. Das war aber von vorn herein klar. Aber das Projekt gibt den TeamerInnen einen wertvollen Schatz an Erfahrungen bei der Arbeit mit Menschen. Darüber hinaus sind Worte wie Völkerverständigung und Freundschaft keine hohlen Phrasen für uns. Durch den Kontakt über den Sprachkurs bekommen wir einiges von der Lebenssituation und den Problemen der Menschen mit, die ihre Wurzeln in anderen Regionen und Kulturkreisen haben. D.h., wir wissen heute genauer, wovon wir sprechen, wenn's um Diskriminierung von Flüchtlingen geht. Uns ist klargeworden, dass der staatlich organisierte Rassismus nicht länger vertuscht und verschwiegen werden darf. Auch die internationalen Konflikte erfahren wir so unmittelbarer. Wir hatten Leute im Kurs, die sich beim Krieg in Afghanistan Sorgen um ihre dort lebenden Verwandten machten und trotz der Verfolgung, die sie erlitten haben, dem "Anti-Terror"-Krieg eher skeptisch gegenüber stehen.

Was macht ihr im Deutschkurs? Kann mensch ihn sich wie Unterricht in der Schule vorstellen?

Ja und Nein. Wortschatz erweitern, Grammatikübungen usw. sind der Ausgangspunkt. Uns geht's dann aber auch darum, die Leute, die den Kurs besuchen, aufzurichten, ihnen zu vermitteln, dass nicht alle Menschen in dieser Stadt ihren Aufenthalt hier ablehnen.

Wie gehen die Flüchtlinge mit dem Bunten Haus um?

Das ist unterschiedlich. Wenn Leute neu in die Kurse kommen, ist's am Anfang meist gar nicht möglich, die Strukturen im Zentrum zu erklären. Einige Flüchtlinge haben dann aber auch schon mal andere Möglichkeiten genutzt, so z.B. Tischtennis gespielt, mal für die VoKü gekocht oder auch Leute im Haus auf Alltagsprobleme angesprochen. Es war sehr lustig, als wir in der Vorweihnachtszeit mit den Leuten aus dem Kurs Plätzchen gebacken haben.

Mit dem Zuwanderungsgesetz soll sich ja auf dem Feld staatlicher Integrationsprogramme etwas ändern. Was würde das für die Sprachkurse im Bunten Haus bedeuten?

Einer der wenigen guten Aspekte am Zuwanderungsgesetz ist, dass alle Ausländerinnen und Ausländer, die eine Bleibeperspektive haben, zu Integrationskursen, die einen Sprachkurs und einen generellen Orientierungskurs umfassen, verpflichtet werden sollen. Inwieweit Flüchtlinge dann unter dieser Einschränkung der Bleibeperspektive fallen, ist mir aber nicht klar. Wir machen erstmal solange weiter, solange Bedarf besteht.

Am ersten "Europäischen Sozialforum" (ESF) vom 6.-10.

Erstes "Europäisches Sozialforum" (ESF) in Florenz

"Ein anderes Europa ist möglich"

November 2002 nahm Paul von ATTAC Celle teil. revista befragte ihn nach seinen Eindrücken.

Was ist eigentlich das "Europäische Sozial-Forum"?

Das ESF ist ein kontinentaler Ableger des Weltsozialforums (WSF). Beim 2. WSF im Januar 2002 in Porto Alegre gab es die Anregung, auch auf kontinentaler und nationalstaatlicher Ebene Sozialforen zu initiieren, um die sozialen Bewegungen enger zu verknüpfen. Mehrere offene europäische Vorbereitungstreffen organisierten dann das erste ESF in Florenz.

Wie kommt denn ein Celler zum ESF nach Florenz?

Als Mitarbeiter der Bundeskoordination der "Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Ausgrenzung" (Mitgliedsorganisation bei ATTAC) war ich von Anfang an in den Organisationsprozess für Florenz eingebunden. Wie schon angedeutet waren die Vorbereitungstreffen offen für alle Menschen, die "den Geist von Porto Alegre" unterstützen.

Wer war denn da in Florenz anwesend?

Die Anzahl der überwiegend jungen Menschen aus ganz Europa und aus anderen Teilen der Welt war überwältigend. Ursprünglich waren etwa 20.000 Menschen erwartet worden, es kamen jedoch über 60.000 - und dieser Ansturm warf einige Vorhaben über den Haufen. Natürlich kam das Gros aus Italien, viele auch aus Frankreich, Griechenland und Spanien

- aber auch die osteuropäischen Staaten waren repräsentiert, eine relative große Beteiligung gab es aus Polen. Entsprechend seiner Bevölkerungszahl war Deutschland mit etwa 1500 Teilnehmenden ziemlich schlecht vertreten.

Und die soziale und politische Bandbreite?

Im Gastgeberland Italien gibt es eine breite soziale und politische Bewegung gegen die Rechtsregierung von Berlusconi und Fini, die sich aber auch zunehmend internationalen Themen öffnet. Ein Beleg waren die vielfältigen Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Genua, wo diese Breite deutlich wurde. Mobilisierungsfähig sind besonders die sozialen Zentren, die Disobbedienti ("Die Ungehorsamen"), die linke Gewerkschaft CGIL sowie die linkskommunistische "Rifondazione Comunista".

Beim ESF war die Spannbreite äußerst groß. Sie reichte von baskischen und sardischen Unabhängigkeitsbewegungen über polnische Erwerbslosenverbände und deutschen AtomkraftgegnerInnen bis zu Protagonisten der Esperanto-Bewegung, von Aktions-Straßentheatern über Transgender-Inis und ATTAC und "Kein mensch ist illegal" bis hin zu konzernkritischen Zusammenschlüssen wie das "Netzwerk gegen BAYER LEVERKUSEN" und linkskatholischen Verbänden. Diese Vielfalt war schier unübersichtlich, was auch an den Hunderten von Infoständen im Kongress-Zentrum deutlich wurde.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte standen im Vordergrund?

Es gab drei zentrale inhaltliche Achsen: "Krieg und Frieden", "Neoliberalismus und Globalisierung" und "Menschen- und BürgerInnenrechte, Staatsangehörigkeit und Demokratie". Rund um diese Achsen gab es vormittags zentrale Konferenzen und nachmittags viele workshops und Arbeitsgruppen. Neben diesen "Achsenthemengebieten" vielfältige Treffen, die in die Hunderte gingen, zu anderen Schwerpunkten.

Hatten die Parteien in Florenz das Sagen?

Eindeutig nein. Es gab im Vorfeld sogar Bestrebungen, das Auftreten von Parteien generell zu untersagen. Dies ist aber energisch von den Ländern zurückgewiesen wor-



den, wo linke Parteien innerhalb der sozialen Bewegungen eine sehr konstruktive Rolle spielen, hier besonders die Parteien um das Netzwerk der "Europäischen Antikapitalistischen Linken" (EAL) wie die LCR in Frankreich, die RC in Italien oder die "Rot-Grüne Allianz Einheitsliste" in Dänemark.

War die bevorstehende Aggression gegen den Irak ein wichtiges Thema?

Das gesamte ESF war eine einzige Manifestation gegen die Pläne der USA, der NATO und der EU im Nahen Osten. Bellizistische Strömungen wie die "Bahamas" oder die "jungle world" waren nicht vertreten. In Florenz wurde auch die Idee eines europäischen Aktionstages gegen den Krieg am 15. Februar 2003 geboren. Die zentrale Demonstration in Florenz am 9. November mit einer Million Menschen stand ganz im Zeichen des Protestes gegen die Kriegspläne von Bush, Blair und Schröder.

Wird es ein zweites ESF geben?

Es gab eine ungeheure Nachfrage nach einem zweiten ESF.

Das Bedürfnis, sich kontinental über die elementarsten Fragen der Gegenwart auszutauschen, ist ungebrochen. So gibt es bereits einen Termin und einen Ort für ein weiteres Europäisches Sozialforum:

13.-16. November 2003 in St. Denis bei Paris.

Letzte Frage: Hat das ESF Auswirkungen auf Deutschland?

Schwer zu sagen. Es gibt halt keine entwickelte soziale Bewegung hier. Keimformen schon, so Initiativen für örtliche soziale Zentren in Tübingen oder Duisburg. Und es gibt einen Kreis, der die Idee eines "Deutschen Sozial-Forums" weiterdiskutieren wird. In Florenz wurde bei einem Treffen von 400 Teilnehmenden aus Deutschland diese Initiative unterstützt. Ein bundesweites Treffen wird es einen Tag nach der zentralen Anti-Kriegs-Demonstration in Berlin geben, am 16. Februar 2003. Auch dieses Treffen ist offen und alle interessierten Leute sind herzlich eingeladen.

Kontakt in Celle: psternbiel@aol.com
Bundesweiter Kontakt: www.dsf-gsf.de

Eine problematische Story im SPIEGEL

Hatz auf Abtrünnige?

Mit einer dreiseitigen Story unter dem Titel "Jagd auf Sükrüya" berichtete DER SPIEGEL Anfang Januar über eine junge, aus Celle stammende Yezidin, die seit Jahren von ihren Verwandten verfolgt werde, weil sie nicht den für sie vorgesehenen Ehepartner heiraten wollte. Die Yeziden, so die Tendenz des Artikels, würden die Heiratsregel ihrer Religionsgemeinschaft, wonach Yeziden nur innerhalb der eigenen Religionsgemeinschaft heiraten dürfen, immer wieder mit Gewalt durchsetzen und sich dabei auch der Strukturen der PKK bedienen.

Uns ist bewusst, dass die rigide Heiratsregel in kurdischen Familien immer wieder zu Konflikten - und manchmal auch zu gewaltsamen Versuchen der "Lösung" führt. Es ist von daher zu begrüßen, dass die yezidischen Vereine sich in einer öffentlichen Erklärung eindeutig gegen gewaltsames Verhalten wie im Fall Sükrüya stellen.

Zu unserer Vorstellung von Emanzipation gehört ohne Zweifel, dass die Wahl von (Ehe-)partnerInnen keine Zwangsveranstaltung sein darf. Auf der anderen Seite ist's einfach so, dass sich Beziehungen in aller Regel innerhalb bestimmter Milieus anbahnen. Und "Grenz-"überschreitungen würden auch hier KritikerInnen finden. (Wenn jemand aus dem Bunten Haus als Freund auf einmal einen Bundeswehroffizier mitbringen würde, würde das nicht gerade auf Begeisterung stoßen. Und mit hoher Wahrscheinlichkeit würde sich das Paar in dem Milieu nicht lange wohlfühlen - das Milieu im übrigen auch nicht mit dem Paar.) Nur niemand käme auf die Idee, dem "Glück" des Paares repressiv einen Riegel vorschieben zu wollen. Das

erwarten wir auch von yezidischen KurdInnen.

Es folgt eine Erklärung der yezidischen Vereine. Wer sich genauer damit beschäftigen möchte, sollte die Homepage des yezidischen Vereins aus Oldenburg anschauen. Dort sind die Antworten auf die Fragen des SPIEGEL nachzulesen, die in gewisser Weise den Diskussionsstand unter den Yeziden widerspiegeln. Davon fand sich in der Veröffentlichung des SPIEGEL leider nichts.(www.yeziden.de)

Gemeinsame Erklärung der yezidischen Vereine in Deutschland

Zum Spiegel-Bericht "Jagd auf Sükrüya" DER SPIEGEL 2/2003 - 06. Januar 2003, als Leserbrief

Um es vorwegzunehmen: Wir, die Unterzeichner, verurteilen aufs Schärfste ein gewaltsames Verhalten, wie es im Bericht beschrieben wurde. Die yezidische Religion legitimiert keine Gewalt, auch dann nicht, wenn sich yezidische Söhne oder Töchter mit andersgläubigen Partnern verbinden.

In Beantwortung eines Fragenkatalogs, den uns der Autor Ihres Berichts übersandt hatte, haben wir das deutlich erklärt. Leider ist dies in Ihrem Bericht nicht einmal erwähnt worden.

(Fortsetzung auf Seite 17)

“Wir dürfen nicht vergessen, dass der Feind im eigenen Land steht”

Welche wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen stehen hinter dem Krieg, den die USA und Großbritannien gegen den Irak führen wollen?

Interview mit Winfried Wolf von Sven, 25. Oktober 2002



Als vor einem Jahrzehnt schon einmal Krieg gegen den Irak geführt wurde, lautete die Parole der Friedensbewegung "Kein Blut für Öl". Wäre es diesmal wieder richtig, diese Parole zu verwenden, steht diesmal wieder das Öl im Mittelpunkt des Kriegs?

Ja, sicher, wobei ich den Slogan zwar damals geteilt habe, aber heute etwas vorsichtiger bin, weil er doch etwas nach Blut und Boden riechen könnte. Dennoch ist richtig: In diesem Krieg, der droht und der wohl kommen wird, wenn der Widerstand nicht wächst, ist das Öl eindeutig die Haupttriebkraft. Unter dem Irak liegen rund 14 Prozent der weltweiten Erdölvorkommen, der Irak ist hinter Saudi-Arabien das Land mit den zweitgrößten Ölreserven der Welt. Es gibt sogar einen speziellen Faktor, die so genannte Ökonomie des letzten Tropfens. Das soll besagen: Die Reserven im Irak sind noch dermaßen wenig erschlossen und liegen dermaßen tief, dass man erwartet, diese Reserven werden am längsten reichen bei der Ressource Nummer eins. Dass sie also länger reichen werden als die in Saudi-Arabien: statt 40, 50 vielleicht 60 Jahre. Das heißt, auch von daher ist die Bedeutung des Öls unter irakischem Boden eine ganz besondere.

Nach dem zweiten Golfkrieg und dem Afghanistankrieg ist dies nun schon der dritte Krieg um Öl. Wieso werden diese Kriege erst jetzt geführt und nicht schon vor 20 oder 30 Jahren - schließlich brauchten die Industriestaaten auch damals schon Öl?

Das hat sicherlich mit der Wende zu tun, die 1989/90 eingetreten ist. Damals ist das Gleichgewicht des Schreckens weggefallen, das auch kein angenehmer Zustand war - und ein brandgefährlicher dazu. Seit damals ist die relative Hegemonie der US-amerikanischen Militärmaschine zu einer absoluten Hegemonie geworden. Die Tendenz, Krieg als ganz normale Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu begreifen, was ja die normale Tendenz im Kapitalismus war und ist, ist viel deutlicher jetzt, weil die USA einen viel größeren Abstand zum Rest der Welt haben und ihre neue

Weltordnung viel eher konkret umsetzen und mit militärischen Mitteln untersetzen können - die "new world order", die George Bush senior im Golfkrieg 1990/91 proklamiert hat. Insofern gibt es eine Logik, vom Golfkrieg 1990/91 über den Balkankrieg 1999 und den Afghanistankrieg zum Irakkrieg zu kommen: Das ist eine innere Logik der Steigerung dieser Aggressivität, die aber nicht eine primär persönliche von George W. Bush ist, sondern eine Aggressivität, die in der Logik des Kapitals inbegriffen ist.

Was macht die neue Weltordnung aus, die in Kriegen wie diesen durchgesetzt werden soll?

Es gibt ja die Vergleiche mit dem Imperium Romanum, also einer Macht, die absolut in der Welt herrscht und gegebenenfalls ihre Weltordnungspläne militärisch untersetzt, das hat sich von Jahr zu Jahr in den vergangenen zwölf Jahren konkretisiert und herausgebildet. Ich möchte darauf hinweisen, dass die USA in diesem Jahr bereits rund 40 Prozent dessen ausgeben, was weltweit für Rüstung ausgegeben wird. Und sie werden in zwei Jahren bereits mehr für Rüstung ausgeben als der Rest der Welt, also als China, Russland, Rest-Nato und die gesamte Dritte Welt ausgeben wird. Das heißt, dieser Abstand ist einfach massiv größer geworden.

Das heißt zweitens, dass vor diesem Hintergrund natürlich der Kampf um Öl, also die Reserven des Energieträgers Nummer eins, sich verschärft und die USA angesichts der Knappheit dieser Ressource, die ja zwischen 40, 50, 60 Jahre taxiert wird, eben ihre militärische Macht einsetzen, um die Transportwege von Öl - Stichwort Afghanistankrieg und Kaspisches Meer - und die Reserven selber direkt zu kontrollieren.

Und das Dritte ist, dass die USA in dem Maße der neuen Weltordnung, in dem Maße, in dem sie letztlich absolut herrschen können, auch nicht mehr angewiesen sind auf internationale Verträge, auf das Völkerrecht, auf die Uno und diese nur noch rein instrumentell benutzen. Man kann grob sagen, dass zwischen den Kriegen Golfkrieg 1990/91, Balkankrieg 99 und Afghanistankrieg 2001/2002 die Losung "Uno - Nato - solo" liegt. Das heißt: Der Golfkrieg 1990/91 war formal noch ein Krieg, der noch von der Uno sanktioniert wurde, vom UN-Sicherheitsrat ohne Veto abgestimmt wurde, der Krieg 1999 gegen Jugoslawien war ein Krieg, der formal im Nato-Bündnis stattgefunden hat und vom Nato-Vertrag formal getragen wurde, der Afghanistankrieg war dann bereits ein reiner Solokrieg der US-amerikanischen Kriegsmaschine mit dem speziellen Bündnispartner Tony Blair, wobei die anderen Länder teilweise mal mitbomben durften in der Endphase - wie die französische Armee -, oder teilweise mit Krieg führen

durften wie einzelne Einheiten der KSK aus der Bundeswehr am Anfang dieses Jahres 2002.

Aber diese Entwicklung "Uno - Nato - solo" ist im Grunde eine innere Logik, mit der auch das Völkerrecht immer deutlicher als ein Produkt der Kräfteverhältnisse präsentiert wird. Das Völkerrecht war nach dem Zweiten Weltkrieg so festgeschrieben worden mit dem UN-Sicherheitsrat, heute können die USA sagen: Das interessiert nicht - legal, illegal, schießegal: kollateral. Es wird weggefeigt im Rahmen dieses offenen Durchbruch des Faustrechts als Ergebnis der kapitalistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

Aber haben sich die USA nicht gerade beim Afghanistankrieg, anders als beim Kosovokrieg, sehr darum bemüht, internationale Zustimmung zu bekommen?

Zustimmung ja. Aber natürlich eben nach eigenem Gusto. Sie haben sich bemüht, ein breites Bündnis zu schaffen, das zustimmt, das tun sie ja momentan auch. Aber sie haben ganz klar und deutlich gemacht: Sie wollen nicht in irgendeiner Weise, auch nicht in der Nato, gebunden sein. Es war ja spannend, dass die Nato am 12. September vergangenen Jahres, am Tag nach dem Attentat auf das World Trade Center, den Artikel 5 in Kraft gesetzt hat, was der Kriegszustand ist - die Nato befindet sich auch heute im Kriegszustand -, aber er konnte dann nicht umgesetzt werden, weil die USA sagten: Wir wollen allein die Sache durchziehen, beziehungsweise mit Tony Blairs Spezialeinheiten oder eben dann später die Deutschen in Kabul mit Schutztruppe und so weiter. Das heißt, es werden Bündnisse hergestellt im Sinne der moralischen, psychologischen und finanziellen Unterstützung, aber die USA fanden es unnötig, ernsthaft einen gemeinsamen Krieg zu führen - was den Krieg nicht besser machen würde, aber es zeigt eben, wie abgehoben die USA innerhalb dieser internationalen Bündnisse heutzutage agieren können.

Inwiefern spielt eine Neuordnung der Golfregion eine Rolle? Stehen noch weitere Kriege ins Haus, beispielsweise gegen Iran?

Ja, sicherlich. Es gibt mindestens drei Bereiche, wo diese Neuordnung der Golfregion sich konkretisieren könnte.

Das erste ist, dass der Irak möglicherweise geteilt werden könnte in drei Teile: einen Norden, der vielleicht kurdisch mitbestimmt oder auch unter türkischer Oberhoheit stehen könnte; einen mittleren Teil mit einer direkt von den USA abhängigen Regierung und einen südlichen Teil, der möglicherweise auch eine Abspaltung darstellen könnte. Das ist eine Option, die hat aber eine Unteroption, und die lautet: ein gemeinsamer Staat von Jordanien und Irak. Also ein neues haschemitisches Königreich, regiert von der jordanischen Hauptstadt Amman aus, was dann ein primär von den USA beeinflusster Gesamtbereich wäre. Jordanien und Irak: Das ist eine alte Konstruktion, die die USA momentan neu aktiviert haben, auch um die Unterstützung des jordanischen Königs zu bekommen.

Die zweite Variante wurde von Ihnen angesprochen: Von dieser, dann von den USA beherrschten, Region Irak/Jordanien würde ganz eindeutig eine Bedrohung ausge-

hen gegen Saudi-Arabien und gegen Iran. Iran als das zweite Land der "Achse des Bösen", neben Nordkorea und Irak. Aber auch gegen Saudi-Arabien, weil die Saudis inzwischen nicht mehr feste und eindeutige Bündnispartner der USA sind, weil Saudi-Arabien unter anderem beschuldigt wird, Heimstätte für Al Kaida und Osama Bin Laden zu sein - immerhin hatten mehr als Zweidrittel der angeblichen Attentäter auf das World Trade Center einen saudischen Pass. Auch Saudi-Arabien als nicht mehr sicheres Bündnisland, weil die Saudis in den letzten sechs, sieben Monaten mehr als 200 Milliarden Dollar Anlagegelder aus den USA abgezogen haben, da sie Angst haben, im Rahmen der Kriminalisierung von einzelnen Ländern auch selber beschuldigt zu werden, mit Osama Bin Laden in Verbindung zu stehen, und dass dann die saudischen Gelder in den USA eingefroren werden könnten.

Und die dritte Dimension dieser Neuordnung der Region ist natürlich die Kombination des Irakkrieges mit dem Thema Israel und Palästina. Es besteht ja ganz klar die Gefahr, dass der wichtigste Bündnispartner in der Region, Sharon, in den Krieg mit einsteigen wird - sei es über einen realen Angriff von Saddam Hussein und dem Irak auf Israel, sei es über eine Provokation, die man natürlich auch künstlich machen kann, von Geheimdiensten und Militärs aus, um dann in den Krieg einzugreifen, direkt gegen den Irak. Aber auch einzugreifen, um die Palästinenser, möglicherweise im größeren Maß, aus dem Westjordanland nach Jordanien zu vertreiben. Diese Gefahr besteht ganz konkret, und so warnen auch Gusch Schalom und die restliche israelische Friedensbewegung davor, dass dieser Krieg gegen Irak sich verbinden würde mit der Palästinafrage und mit der momentanen militärischen Okkupationspolitik, die Sharons Armee im Gazastreifen und im Westjordanland betreibt.

Wie konkret ist die Gefahr eines Umsturzes in Saudi-Arabien?

Wie gesagt: Eine Option der Neuordnung in der Region ist, dass die saudiarabische Position nicht mehr die eines klaren Bündnispartners sein wird, sei es, dass die saudische Königsfamilie Ibn Saud auf Distanz geht zu den USA, wie sie es nach dem 11. September gemacht hat. Oder sei es, dass die saudische Regierung sich nicht halten kann aufgrund ihres latenten Bündnisses mit den USA und der ablehnenden



Haltung, die die Bevölkerung gegenüber einer solchen Politik an der Seite der USA hat - einer Bevölkerung, die stark islamisch-fundamentalistisch, wahabistisch geprägt ist.

Beides ist möglich, das eine bedingt das andere: Die Distanz der saudischen Königsfamilie zu Washington hat zu tun mit dem Druck im Inneren, und die Gefahr des Umsturzes ist letztenendes auch Basis dieser ganzen labilen Situation. Die saudische Königsfamilie sitzt auf ihrem Thron in einem Pulverfeld und kann jederzeit in die Luft gesprengt werden aufgrund der inneren Widersprüche in Saudi-Arabien selber.

Vor diesem Hintergrund - und das sind sicherlich auch Geheimdienstinformationen der USA - wollen die USA in der Lage sein, das größte Ölland der Welt, das Saudi-Arabien weiterhin ist, gegebenenfalls von der Region aus angreifen, also militärisch intervenieren zu können.

Warum will sich die deutsche Regierung nicht an diesem Krieg beteiligen? Was Öl und Einfluss in der Region angeht, hat Deutschland doch ganz ähnliche Interessen wie die USA. Und Sie selbst schreiben in Ihrem Buch über den Afghanistankrieg, dass es im Oktober vergangenen Jahres ein Treffen der Bundeswehrführung mit dem Verteidigungsminister gegeben hat, auf dem vereinbart wurde, dass die Bundeswehr sich an einer Reihe von Kriegen beteiligen solle, von denen der Afghanistankrieg nur der erste wäre.

Es gibt offensichtlich in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Positionen im Machtapparat, das heißt im Militärapparat, im Bereich der Konzerne und Banken und bei der Regierung. Ich hatte in meinem Buch "Afghanistan - Der Krieg und die neue Weltordnung" auf dieses Treffen vom 9.

Oktober hingewiesen, und ich weise vor allem darauf hin, dass der Beschluss vom 16. November vergangenen Jahres ja bereits heißt, dass wir kriegsbeteiligt sind: Es sind bereits 3900 Bundeswehrsoldaten in der Region von Somalia, von Kuwait, am Horn von Afrika stationiert - das heißt, wo der Krieg dann teilweise stattfinden wird.

Der Begriff "deutscher Weg" und die Rede davon, dass es keine deutsche Beteiligung gebe, hat aber auch damit zu tun, dass die Trauben als sauer deklariert werden, aber zu hoch hängen. Das soll heißen, die deutsche Seite erkennt: Die USA wollen ähnlich wie in Afghanistan einen Krieg auf eigene Rechnung führen, und es ist nicht zu erwarten, dass ein Teil der Kriegsbeute - also Kontrolle über Öl und über Ölwege - den Deutschen als Konkurrenz zu den USA zufallen würde.

Es ist also ziemlich klar, dass die USA allein oder zusammen mit Großbritannien, vielleicht noch zusammen mit Italien und vielleicht sogar noch zusammen mit Frankreich, die Beute teilen wollen, aber die Deutschen sollen daran nicht beteiligt werden.

Und das hat zu tun mit der Geschichte des irakischen Öls: Die Iraq Petroleum Company (IPC) wurde Anfang der siebziger Jahre verstaatlicht, sie war bis dahin in britischem, niederländischem und US-amerikanischem Besitz. Das war die Company, die das gesamte irakische Öl gefördert hat. Sie wurde damals verstaatlicht unter anderem auch unter Baath-Regierung, deren Chef später Saddam Hussein wurde. Es gab dann einen Deal der internationalen Öllobby, dass sie die Verstaatlichung mehr oder weniger akzeptiert haben, aber entsprechend gute Lieferkonditionen für irakisches Öl ausgehandelt haben.

Wenn die USA Bagdad besetzen und eine neue Marionettenregierung einsetzen werden, dann werden sie selbstverständlich den Interessen der internationalen Ölkonzerne bedienen. Unter denen gibt es keine deutschen, aber britische und US-amerikanische: British Petroleum, Standard Oil und Shell. Und IPC dürfte wieder auferstehen, die bisher nationalisierte Ölindustrie übernehmen und neu Öl fördern auf eigene Rechnung. Da sind die Deutschen, soweit ich weiß, nicht mit im Spiel, es gibt keinerlei Absprachen dahingehend.

Das geht ja auch so weit, dass sogar die Russen momentan eingekauft werden sollen. Die Russen sagen: Sie sind bereit, im UN-Sicherheitsrat auf ein Veto gegen einen kommenden Krieg zu verzichten, wenn die Verträge, die russische Ölfirmen mit Saddam Hussein abgeschlossen haben, nach dem Krieg ihre Gültigkeit behalten. Ölverträge über konkrete Fördermengen, über konkrete Liefermengen, über konkrete Abgabepreise und so weiter. Und die USA neigen dazu, die Russen damit einzukaufen, das mögliche russische Njet im Sicherheitsrat so abzuwehren und sie einzubinden in diesen gemeinsamen Krieg der Völker-Kriegsgemeinschaft gegen den Irak.

Welche Rolle spielen die militärischen Ambitionen Deutschlands und der EU bei der Entscheidung, sich an diesem Krieg nicht zu beteiligen? Teile der Linken hierzulande haben ja ein ausgesprochen unkritisches Verhältnis gegenüber den Bestrebungen, einen EU-Militärblock zu bilden, der unter deutscher Führung stehen würde.

Ich bin dankbar für die Frage - einfach deswegen, weil wir



in Deutschland natürlich bei allem richtigen Getöse über die Macht der US-amerikanischen Militärmaschine nicht vergessen dürfen, dass der Feind im eigenen Land steht und dass die Aufrüstungsprojekte in der Europäischen Union - Stichwort Eurofighter, Stichwort Galileo-Satellitenprogramm, Stichwort Militärtransporter A400M - in genau die gleiche Richtung weisen wie die US-Politik. Nur dass wir eben zehn, fünfzehn Jahre hinterherhinken.

Das deutsche Kaiserreich hinkte Anfang des 20. Jahrhunderts zehn, fünfzehn Jahre hinter den Briten her und war trotzdem in der Lage, 1914 einen Weltkrieg auf eigene Rechnung vom Zaun zu brechen. In ähnlicher Weise hinkt die Europäische Union heute zehn, fünfzehn Jahre hinter die Rüstungspolitik der USA her, hat aber durchaus vergleichbare Rüstungsprogramme. Und sie will vor allem mit diesen Rüstungsprogrammen und der neuen Eingreiftruppe von fünfzig-, sechzigtausend Mann, die aufgestellt werden soll, in Zukunft Kriege auf eigene Rechnung und für eigene Ziele führen können - unabhängig von der Nato und den USA.

Insofern meine ich, dass die Politik falsch ist, die bei uns sagt, man müsse gegen die Unipolarität der jetzigen Weltordnung eine Bipolarität aufbauen, und man müsse auch durchaus unterstützen, dass die Europäische Union "auf eigenen Beinen stehe", "ein eigenes Wort mitreden", "eine eigene Sprache spreche" oder eine "Verteidigungsidentität" bekomme. Falsch, weil es schlimm ist, wenn ein Gangster die Welt beherrscht in dieser neuen Weltordnung à la USA, aber keineswegs besser, wenn zwei Gangsterbanden sich gegenseitig Kriege liefern und gemeinsame Interessen gegen den Rest der Welt haben. Insofern meine ich, dass wir ganz klar sagen müssen: Wir bekämpfen den Militarismus international, das heißt ganz konkret auch im eigenen Land und in der Europäischen Union.

Gegen den wahrscheinlich bevorstehenden Krieg gibt es in Deutschland eine breite Ablehnung, aber zumindest die Medien lehnen ihn nicht aus prinzipiellen Gründen ab. Sie sind nur in diesem Einzelfall dagegen. Krieg ist mittlerweile anerkanntermaßen ganz normales Mittel der Politik. Das war vor einiger Zeit noch anders. Wie kam es zu diesem Bewusstseinswandel?

Ich glaube, man muss hier drei Ebenen unterscheiden. Das erste ist, was Sie richtig dargestellt haben: Krieg gilt inzwischen in der veröffentlichten Meinung im Allgemeinen als ein wieder zu akzeptierendes Mittel der Politik. Typisch auch bei den Grünen, die dazu sagen, dass entsprechend das Völkerrecht "weiterentwickelt" werden muss. Im Grunde müsste man sagen: zurückentwickelt in Richtung Faustrecht.

Das hat mit dem zu tun, was Volker Rühle am 21. Mai 1992 der "Financial Times" in London gesagt hat. Die "Financial

Times" schrieb damals: "Der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle hält eine Verfassungsänderung binnen eines Jahres für möglich, damit deutsche Truppen endlich bei Uno-Missionen überall zur Friedenssicherung ohne geografische Beschränkungen eingesetzt werden können. Er gesteht jedoch ein, dass es dann noch zehn Jahre dauern kann, bis deutsche Truppen auch bei anderen Aktivitäten einschließlich Kampfeinsätzen weltweit eingesetzt werden können."

Wir schreiben jetzt 2002, zehn Jahre sind vorbei, und exakt diese Prophezeiung ist eingetreten. Er hat sogar übertrieben - man brauchte dazu keine Grundgesetzänderung, die Verfassungsrichter in Karlsruhe haben gesagt, es geht auch ohne. Der Satz "Die Bundeswehr ist zur Verteidigung da" kann so ausgelegt werden, dass wir zum Beispiel am Panamakanal oder in Kabul die Freiheit verteidigen, insofern

ist der Verteidigungsbericht global einsetzbar. Das ist heute weitgehend durch, die veröffentlichte Meinung sagt, dass Kriege eben eigentlich Teil der Politik sind, man muss nur gucken, um welche Kriege es sich gerade handelt.

Der zweite Aspekt ist, dass da, wo Kriege deutschen Interessen entsprechen, ganz offensiv gepowert wird. Das war ganz eindeutig so beim Balkankrieg 1999, dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, den 98 Prozent der Medien unterstützt haben. Jetzt beim Irakkrieg gab es eine

Wende im vergangenen halben Jahr, auch schon ein bisschen im Afghanistankrieg, dass einige Zeitungen diese Kriege kritisiert haben. Aber nicht von einem prinzipiellen Standpunkt, also nicht vom Standpunkt der Uno-Charta aus, wo ja schon die Androhung von Krieg verboten ist. Sondern vom Standpunkt des Utilitarismus, der Nützlichkeit, aus.

Das heißt, es wird gesagt, dass bestimmte Kriege zunehmend vor allem den USA nützen und damit für die deutschen Exportinteressen schädlich sein könnten, und dass andere Kriege im deutschen Interesse sind: dort, wo die Deutschen an der Beute richtig beteiligt sind und wo es neue Märkte gibt, wie auf dem Balkan.

Die dritte Ebene, die ich unterscheiden würde, ist die der öffentlichen Meinung auf den Straßen. Da gab es auch eine interessante Entwicklung: Im Golfkrieg 1990/91 sind, soweit ich weiß, nie mehr als 30, 40 Prozent gegen den Krieg gewesen. Es waren viele auf den Straßen, aber die öffentliche Meinung war überwiegend neutral: Es war ein Uno-Krieg, ein Krieg wegen Völkerrechtsbruch, Einmarsch in Kuwait und so weiter. Im Balkankrieg 1999 waren bereits zwischen 39 und 44 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland gegen diesen Krieg. Im Afghanistankrieg war es dann eine eindeutige Mehrheit von 56 bis 60 Prozent, die gegen diesen Krieg und gegen eine Bombardierung war. Und jetzt im Falle Irak sind bis zu 70, 80 Prozent der Menschen gegen einen möglichen Krieg.

In der Fernsehshow "60 Minuten" am 12. Mai 1996 fragte Lesley Stahl US-Außenministerin Madeleine Albright:

"Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder gestorben sind (wegen der Sanktionen gegen den Irak). Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und - sagen Sie, ist es den Preis wert?"

Albright "Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis - wir glauben, es ist den Preis wert."

(jW Nr. 228 v. 29./30. Sep. 2001)

Wobei ich zugebe, dass bei diesen hohen Mehrheiten natürlich zusammenkommt, dass ein Teil der bürgerlichen Klasse in Deutschland, ein Teil der Konzerne und Banken auch diesen Krieg nicht unbedingt will, weil sie das Gefühl haben, das dient nur der Etablierung und Ausweitung der US-amerikanischen Vorherrschaft. Es mischt sich also eine Art moralische Stimmung gegen den Krieg mit einer taktischen Stimmung in Teilen der herrschenden Klasse. Um es noch einmal zusammenzufassen: Es gibt drei Entwicklungen. Einmal in der Bevölkerung eine wachsende Ablehnung von Kriegen

allgemein. Auf der anderen Seite eine wachsende Zustimmung zu Kriegen in der veröffentlichten Meinung. Und innerhalb der bürgerlichen Kreise zunehmend die Position: nicht mehr allgemein ja zu Kriegen, in denen getestet wird, wie weit die Bundeswehr gehen kann. Sondern immer mehr eine Position zu fragen: Wo sind Kriege für uns, für deutsche Banken und Konzerne, nützlich? Wo sind wir massiv für Kriege, wo leisten wir uns Kritik? Wobei diese Kritik letztendlich die Konkurrenz zu den USA widerspiegelt.

Der 2. Golfkrieg

Beginn einer neuen Welt-Un-Ordnung

Der Golfkrieg des Jahres 1991 demonstrierte der Welt, dass - nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers - die USA politisch und militärisch unangefochten die einzig verbliebene Weltmacht waren. Die Bundesrepublik übertrat - wenn auch nur mit den Zehenspitzen - die Schwelle für den ersten Kriegseintritt seit 1945. Ab dem 17. Januar 1991 führte die Berichterstattung von CNN zur Darstellung eines "sauberen technischen Krieges", die bis heute in der Erinnerung der Fernsehzuschauer die mehr als 100.000 Toten überlagert. Schließlich kam es in Deutschland zu den weltweit größten Anti-Kriegsdemonstrationen außerhalb der arabischen Welt. All das macht einen Rückblick sinnvoll und hilft vielleicht bei der Auseinandersetzung mit der aktuellen Zuspitzung.

"2 Fundamentalisten wollen mit Gewalt die Welt verändern"

lautet die Überschrift einer Flugblatts des Celler Autonomen Plenums, mit dem nach Kriegsausbruch zu einer Demonstration gegen den Krieg am Golf mobilisiert wurde. Für die Aktionsfähigkeit der Kriegsgegner war es wichtig, sich nicht die mediale Sichtweise von Gut und Böse aufzwingen zu lassen. Aber Saddam Hussein war nicht der "Irre von Bagdad", zu dem ihn die BILD seinerzeit machen wollte. Die Annexion Kuwaits durch die irakische Armee am 2. August 1990 hatte Hintergründe und eine Vorgeschichte: Der Irak war in Folge des 1. Golfkrieges, der zwischen dem Iran und dem Irak zwischen 1980 und 1988 geführt wurde und auf beiden Seiten eine Million Todesopfer gefordert hatte, massiv verschuldet. Statt eines Bettelgangs zum IWF entschied sich die irakische Führung für eine imperiale Expansion, die vor allem die Zentralbank von Kuwait-City im Auge hatte. Die 17 Mrd. Dollar Schulden, die der Irak dort hatte, wurden im Zuge der Annexion annulliert und verhinderten den sofortigen Bankrott; die erhoffte Angliederung der nicht unbedeutenden Ölquellen Kuwaits versprach ein goldenes Zeitalter. Der Irak war bis

zum Sommer 1990 nicht nur ein im Westen gern gesehener Rüstungsimporteur, den man gegen den fundamentalistischen Iran in Stellung gebracht und zum Krieg ermuntert hatte. Die Hinrichtungen tausender Oppositioneller und den Giftgaseinsatz gegen aufständische Kurden hatte man geflissentlich übersehen. Der Annexion des Haupt-Gläubigerlandes war vor dem Hintergrund "bester Kontakte" zu den USA von dieser Seite sogar eine diplomatische Zustimmung signalisiert worden, was sich anschließend als bewusstes Täuschungsmanöver herausstellte.

Kreuzzug für die Demokratie

George Bush - sen., wie man heute sagen muss - startete seinen "selbstlosen" Kampf für Demokratie und Völkerrecht. Das wesentliche Partner seines Feldzuges mit Demokratie und Menschenrechten ähnlich wenig am Hut hatten wie Saddam Hussein, sei auch deshalb kurz dargestellt, weil sich bis heute daran nichts geändert hat. Kuwait besaßen gerade mal 40 % der EinwohnerInnen die Staatsbürgerschaft und ganze 4 % ein Wahlrecht (Frauen gehörten nicht dazu), in Saudi-Arabien hat sich die feudale Herrscherfamilie der Sauds 'ganz demokratisch' im Staatsnamen verewigt.

Einige Plausibilität hatte die sofort nach der Annexion verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrats (Nr. 660), in der der irakische Einmarsch verurteilt und die Forderung nach einem "sofortigen und bedingungslosen Rückzug" der irakischen Soldaten erhoben wird. Weitere Resolutionen folgten, u.a. die Verhängung eines Wirtschafts-, Finanz- und Militärembargos gegen den Aggressor. Am 29. November 1990 ermächtigte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 678 eine Kriegsallianz, "alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um der Resolution 660 und allen dazu später verabschiedeten Resolutionen Geltung zu verschaffen und sie durchzuführen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in dem Gebiet wiederherzustellen" - falls sich der Irak nicht bis zum 15. Januar 1991 aus Kuwait zurückzieht. [China ent-

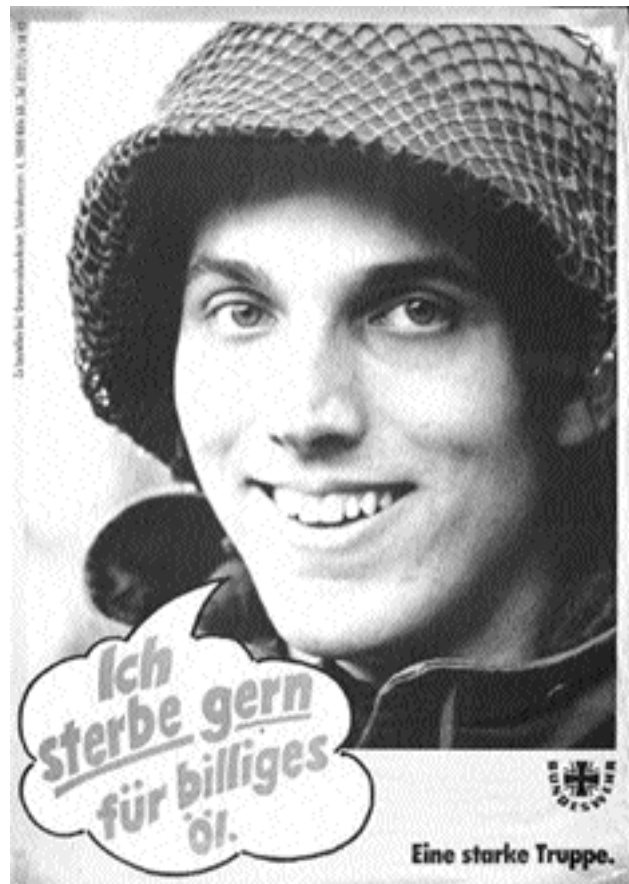
hielt sich der Stimme, Kuba und Jemen votierten gegen die Resolution.]

Ein gewichtiger Unterschied zur aktuellen Situation zeigt sich in zweierlei Hinsicht: Die USA ließen ihr Vorgehen von der UNO in einem abgestimmten Verfahren legitimieren, und sie brachten eine weit gefächerte Koalition hinter sich, der immerhin 26 Staaten angehörten - von Ägypten und Argentinien bis zu der Sowjetunion und Syrien. Deutschland gehörte wie Japan nicht zur offiziellen Kriegsallianz, bezahlte aber mit Japan einen beträchtlichen Teil der Kosten. - Der Irak betrieb auf diplomatischer Ebene eine Verknüpfung des Kuwait-Problems mit der Palästina-Frage, die bei einer ähnlichen völkerrechtlichen Dimension die seinerzeitigen Bush-Krieger weit weniger umtrieb. Kurz vor der heißen Phase des Krieges hatte Frankreich diesen Ball aufgenommen, war aber im UN-Sicherheitsrat mit einem Vorschlag gescheitert, der für einen Abzug des Irak aus Kuwait Zugeständnisse in der Palästina-Frage durchzusetzen versprach.

"Kein Blut für Öl"

war der zentrale Slogan der Anti-Kriegsbewegung in den westlichen Staaten. Und bei aller Unschärfe war in ihm das Interesse der USA an den Energieressourcen in der Golfregion präzise benannt. Zwar bezogen die USA direkt kaum Öl aus dem Irak, doch fürchteten speziell die Amerikaner und die Briten, dass Irak - wenn er zudem noch die kuwaitischen Quellen beherrsche - sehr stark den Ölpreis (mit)bestimmen könnte. Die von Bush propagierte neue Weltordnung durfte in ihrem Fundament nicht rissig werden: Die etablierten neokolonialen Handelsbeziehungen und Ausbeutungskreisläufe zwischen den expansionistischen Industriegesellschaften des Westens und den unterentwickelten Ressourcenlieferanten des Südens sind schließlich die Basis für den energie- und rohstoffintensiven "Way of Life" des westlichen Modells. - Mit der Eroberung Kuwaits durch den Irak war eine regionale Instabilität deutlich geworden, die zudem die Gefahr beinhaltete, dass der Irak zu einer Vormacht im Golf werden könnte. Genau dies widersprach empfindlich den Interessen der USA, wie sie der US-Energie- und Verteidigungsminister Schlesinger im September 1989 formuliert hatte: "Welche Großmacht auch immer die Kontrolle über die Energieressourcen in der Golfregion erringt, sie wird dadurch in einem großen Ausmaß auch die Entwicklung der Welt beherrschen." - Bleibt die Frage zu beantworten, warum die USA auch Staaten des Südens für ihren Krieg mobilisieren konnten? Schaut mensch sich die Liste der beteiligten Staaten an, so profitierten fast alle von der herrschenden Welt-Unordnung, entweder als Nutznießer der ungleichen Handelsbeziehungen oder aber als herrschende Cliques, die sich gewissermaßen als Makler und lokaler Garant dieser Ausbeutungskreisläufe die Konten füllen.

Die Annexion Kuwaits hätte der Irak auch bei einer konsequenten Umsetzung von Wirtschaftssanktionen wieder aufgeben müssen, die USA wählten aber ganz bewusst den Weg der kriegerischen Gewalt. Zum einen um aller Welt ihren Hegemonialanspruch deutlich zu machen, zum anderen weil die Finanzierung des Kriegsmaterials durch die gesamte Allianz der angeschlagenen US-Ökonomie auf die Beine hel-



fen konnte. Von den Gesamtkosten in Höhe von rund 61 Milliarden Dollar trugen die USA rund 8 Milliarden, Deutschland zahlte 16 Milliarden Dollar.

"Desert-Storm" - wie ein Computerspiel?

Innerhalb nicht einmal eines halben Jahres hatten die USA 500.000 Soldaten in die Golfregion verlagert. Kurz nach Ablauf des Ultimatums begannen die USA und ihre Verbündeten am 17.1.1990 mit einem 43 Tage andauernden Luftbombardement, das gezielt die industrielle und militärische Infrastruktur des Landes zerstörte. Auch wenn die "chirurgischen Schläge", wie diese Strategie des Luftbombardements verschleiern in den Medien bezeichnet wurden, bei weitem nicht die propagierte Genauigkeit erzielten, führte diese Kriegsphase nicht zu massenhaften Toten unter der Zivilbevölkerung - das sollte die langanhaltende Katastrophe in Folge der Zerstörungen bewirken.

CNN lieferte die Bilder zu diesem "sauberen Krieg". Wer's gesehen hat, dem/der sind die computerspiel-ähnlichen Bilder von den Einschlügen im nächtlichen Bagdad bestimmt in Erinnerung. In einer gänzlich auf die Interessen der US-Militärs abgestimmten Berichterstattung konnte dann kaum überraschen, dass das erste sterbende Lebewesen auf den Bildschirmen nicht ein Mensch, sondern ein im Ölschlick versinkender Kormoran war - was Saddam Hussein zusätzlich noch als den Öko-Terroristen überführte, der er in der Tat war. (Dass das gezeigte Tier nicht am Golf, sondern aus Anlass eines Öltankerunglücks in Alaska verendete, wurde später

genauso aufgeklärt wie die CNN-Inszenierung mit der kuwaitischen Botschaftstochter, die in ihrem "Augenzeugenbericht" irakische Soldaten erfand, die kuwaitische Babys aus Brutkästen gerissen und auf dem Boden hätten sterben lassen.) Kurz gesagt: Im Fernsehen floss kein Blut.

Dass die Anti-Kriegsbewegung trotzdem nicht der Hysterie gezeitigt werden kann, zeigt die Bilanz unter Einschluss der nur viertägigen Bodenoffensive: Nach irakischen Angaben mussten mindestens 75.000 irakische Soldaten und 35.000 Zivilisten in diesem Kriegsabenteuer ihr Leben lassen. Da sich der Irak zum Ende des Krieges durchaus nicht als Verlierer sehen wollte, mögen sogar US-Schätzungen realistischer sein, die von bis zu 110.000 getöteten und bis zu 300.000 verwundeten Soldaten sowie 40.000 getöteten Zivilisten ausgehen. - Auf seiten der Alliierten wurden insgesamt 343 Soldaten getötet (davon 148 Amerikaner in Kampfhandlungen; weitere Tote bei Explosionen von Munition, versehentlichem Beschuss durch eigene Truppen); es gab über 500 Verwundete und nach Kriegsende mehrere tausend am "Golf-Syndrom" Erkrankte, wobei ein Grund im Einsatz der Uran-Munition durch die USA gesehen werden muss.

Nach dem mehrwöchigen Luftbombardement wurde die vermeintlich hochgerüstete irakische Armee in einem nur Tage dauernden Blitzkrieg der Landstreitkräfte hinweggefegt. Die immense militärtechnische Überlegenheit führte zu dem fast aberwitzigen Verhältnis von einem toten Soldaten auf Seiten der Alliierten zu rund 300 toten Soldaten auf irakischer Seite. Dass die US-Armee auf die auf dem Rückzug befindlichen irakischen Soldaten ein sogenanntes "Truthahnschießen" veranstalteten, passt in das Bild eines Kolonialkrieges überlegener westlicher Herrenmenschen. Eine rechtliche Würdigung haben diese belegten Massenexekutionen selbstverständlich nicht gefunden. Auch die Medien interessierten sich hierfür nur am Rande.

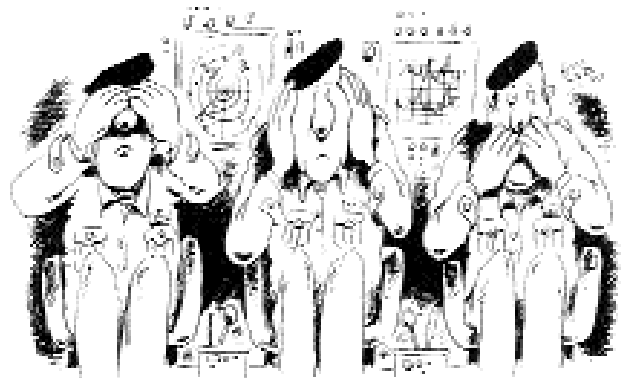
Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass irakische Soldaten vor ihrem Abzug kuwaitische Ölfelder in Brand setzten, um Kriegsschiffbewegungen im persischen Golf zu erschweren und die alliierte Landeoperation zu behindern. Die brennenden Ölquellen und der verursachte Ölteppich führten zu einer Umweltkatastrophe fast unbekanntem Ausmaßes. Rund 40 Scud-Raketen wurden vom Irak auf Israel abgefeuert, wobei fünf Menschen starben. Zehntausende Tote gab es bei der Niederschlagung der Aufstände von Schiiten und Kurden im Norden durch Husseins Truppen im Anschluss an die Einstellung der Kampfhandlungen.

"Friede den Hütten, Krieg den Palästen"

In der Rückschau ist die Anti-Golf-Kriegsbewegung im gerade wiedervereinigten Deutschland ein eigenartiges Phänomen. Die Entwicklung in Celle unterscheidet sich kaum von der bundesweiten Dynamik und soll deshalb exemplarisch geschildert werden.

Bis zum Ultimatum des UN-Sicherheitsrats war die Golf-Krise im wesentlichen ein Thema für im engeren Sinne politisch organisierte linke Gruppen. Eine erstaunlich präzise Analyse liefert etwa in der Oktober-Ausgabe der

Endlich Klarheit Die deutschen AWACS-Besatzungen bleiben an Bord...



ohne sich dabei am Krieg zu beteiligen !!

"Schlaglichter" (einer damals unregelmäßig erscheinenden, kopierten Zeitung) die "Gesellschaft der vaterlandslosen Gesellinnen und Gesellen Celle". Unter der Überschrift "Volk ohne Öl / BRD auf Kriegskurs" wird u.a. kritisiert, dass die BRD sich "mit ihrer Beteiligung an einer nicht durch die UN-Resolution abgedeckten Seeblockade im Kriegszustand mit dem Irak" befindet. Wie das? Fünf Minensuchboote und zwei Versorgungsschiffe mit 500 Marinesoldaten waren im Zuge des Aufmarsches ins östliche Mittelmeer verlegt worden. In den Forderungen wurde diese Analyse auf sympathisch undogmatische Weise zugespitzt: "Das Öl gehört verdammt nochmal nicht 'uns' und schon gar nicht den Konzernen! Kriegsschiffe versenken! Keine Rettungsringe für die Oberbefehlshaber! Aufruf an das irakische Volk, über eine mögliche Lebenszeitverkürzung für Saddam Hussein selbst zu befinden! Gegen den imperialistischen Krieg! Friede den Hütten, Krieg den Palästen!"

Mitte Oktober 1990 kam dann auf Einladung der Grünen, der AntiFa und des kurdischen Arbeitervereins KKWK Angelika Beer nach Celle. Die damalige Bundestagsabgeordnete und heutige Chefin der Bündnisgrünen sprach sich entschieden gegen eine militärische Eskalation des Golf-Konflikts aus. (Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, weigerte sich Angelika Beer seinerzeit, ihr Referat in Anwesenheit zweier Staatsschützer zu halten, die - von den Veranstaltern dazu aufgefordert - dann auch den Saal verließen.) Dass die Veranstaltung halbwegs gut besucht war, lag vor allem an den kurdischen TeilnehmerInnen. - Erstaunlicherweise gab es in der Anfang November stattfindenden kirchennahen Friedenswoche keine Veranstaltung, die sich explizit mit dem heraufziehenden Golf-Krieg befasste.

Erst in den letzten beiden Wochen vor dem Beginn des Krieges war breiten Teilen der Bevölkerung klar, dass der Krieg kaum noch zu vermeiden war. Die radikale Linke machte ihren Job, verteilte Flugblätter und organisierte für den Tag des Ablaufs des Ultimatums die erste Kundgebung, zu der immerhin rund 300 Menschen auf den Großen Plan kamen. Das seinerzeit kirchennahe Spektrum um den Weltladen und die "Gruppe feministische Theologie" organisierte Mahnwachen. Die Mobilisierungskraft blieb hier aber vergleichsweise gering, auch wenn sich schon mal 50 Menschen in Schweigekreisen zusammenfanden. Aus dem linksbürger-

lichen Lager (Grüne, Energiewende, VVN u.a.) gab es den Versuch, eine Anzeige in der CZ zu platzieren, wobei der Verleger den Abdruck folgender Passage verweigerte: "Soldaten und Rekruten der Bundeswehr - Sagt Nein. Verweigert den Kriegsdienst! Laßt Euch nicht zum Kanonenfutter für eine verfehlte und nicht dem Frieden und der Unabhängigkeit unseres Landes dienenden Politik machen - denn Ihr werdet es sein, die als erste für Großmachtambitionen und militärische Abenteuer den Kopf hinhalten müßt!"

"Wir schämen uns für diese Welt"

Die eigentliche Dynamik entstand dann durch die Proteste von Schülerinnen und Schülern. Am Tag des Kriegsausbruchs kam es spontan zu einem von den Schülersprechern von KAV und HBG organisierten Friedensmarsch von den Schulen zur Stechbahn, dem sich fast 2000 SchülerInnen auch aus den Berufsbildenden Schulen, dem Hölty und der RS Heese anschlossen. Getragen war diese Demonstration von Betroffenheit, was sich auch im Führungstransparent spiegelte, auf dem zu lesen war: "Wir schämen uns für diese Welt - Give Peace a Chance". Ohne Redebeiträge wurde die Versammlung auf der Stechbahn nach einem fünfminütigen Schweigen für den Frieden aufgelöst. Am von Schülervertretungen organisierten Protest am direkt darauf folgenden Samstag nahmen rund 800-1000 SchülerInnen - vorwiegend aus Gymnasien - teil. Inhaltlich wurde ein tragfähiger Kompromiss nur gefunden, indem auf Reden verzichtet wurde und stattdessen Antikriegsgedichte vorgetragen wurden. Mit einer Menschenkette um Rathaus und Stadtkirche und einer Friedensandacht wurde diese Kundgebung beendet.

Die Aktivitäten der Schülervertretungen führten zu einer

heftigen Auseinandersetzung auf den Leserbriefspalten der CZ. Den SchülerInnen wurde Naivität und Anti-Amerikanismus vorgeworfen. Einer der Organisatoren, Tilman Brauer, antwortete Ende Januar so: "Am Donnerstag, nachdem das UNO-Ultimatum ergebnislos abgelaufen war, versammelte sich ein großer Teil der Schülerschaft des HBG's in der Aula. Sie alle waren tief betroffen über die Ereignisse der Nacht. Nach einer spontanen Schweigeminute gingen die Schüler in ihre Klassen, um dort mit den Lehrern über die ausgebrochenen Kampfhandlungen und deren Hintergrund zu sprechen. Im SV-Team des HBG's waren wir der Meinung, man könne dieses Ereignis nicht einfach so hinnehmen und zur normalen Tagesordnung übergehen. Daraufhin fragten wir bei den anderen Gymnasien nach, welche Reaktionen die Schülerschaft dort gezeigt hatte. Anschließend wurde von allen SV-Teams der Celler Gymnasien beschlossen, einen Schweigemarsch gegen Krieg und Gewalt zu organisieren. In diesem Marsch sollte die generelle Ablehnung von Gewalt zum Ausdruck gebracht werden, was von allen Teilnehmern akzeptiert wurde. Ich möchte hier besonders darauf verweisen, daß es während der beiden Friedensmärsche (Do. und Sa.) keine anti-amerikanischen oder radikalen Äußerungen gegeben hat. Vielmehr wollten die Schüler mit ihrer Beteiligung ihrer Sorge, ihren Ängsten und ihrer Betroffenheit Ausdruck verleihen. Beide Schweigemärsche verliefen dem Sinn entsprechend, weshalb man zwischen den Celler Friedensmärschen und anderen Demonstrationen im übrigen Bundesgebiet differenzieren sollte." (CZ, 31.1.1991)

Diese rechtfertigende und defensive Äußerung wird vielleicht vor dem Hintergrund verständlich, dass die geballte Medienmacht wie auch die politische Elite sich eindeutig auf die Seite der Kriegsallianz gestellt hatten. "Verhandeln ist besser als schießen"., war zwar Anfang Januar vom Celler



Bundestagsabgeordneten Struck zu lesen, aber nach Kriegsbeginn stellte sich die SPD auf den Boden der Tatsachen, wie es in diesen Kreisen seit 1914 heißt. Kritik wurde als anti-amerikanisch diffamiert, die unübersehbare Realität der Macht rief zumeist nur Betroffenheit, selten Empörung hervor. - Als Ausnahme müssen die Mahnwachen der von SchülerInnen getragenen Anti-AKW-Initiative INTIC vor dem Militärflughafen Wietzenbruch genannt werden, die trotz - oder wegen - ihrer inhaltlichen Stärke isoliert blieben und von der Lokalpresse verschwiegen wurden.

Strohfeuer

So beeindruckend die bundesweit ähnlichen Proteste von SchülerInnen waren, sie verschwanden so schnell, wie sie gekommen waren. Schon zu einer Demonstration am 9. Februar 1991, zu der der DGB ("Stoppt den Krieg am Golf! Für einen sofortigen Waffenstillstand!") aufgerufen hatte, kamen nur noch rund 200 TeilnehmerInnen. Der DGB musste dabei zulassen, dass sich ein linksradikaler Block mit dem Transparent "Kriegsgewinnler, Völkermordstrategen - Wir werden euch das Handwerk legen" an der Spitze der Demonstration bewegte.

Für die radikale Linke war zum einen die Erfahrung wichtig, mit einer klaren Positionierung durchaus über eine eigene Mobilisierungsfähigkeit zu verfügen, andererseits aber frustrierend, dass die Proteste ein Strohfeuer blieben. Als das Autonome Plenum Ende März den Sozialwissenschaftler Jörg Bierwirth als Referenten zu einer Veranstaltung über die strukturellen Konflikte im Nahen Osten eingeladen hatte, kannten sich die BesucherInnen schon wieder alle mit Namen. Und die Cellesche Zeitung berichtete über die Heimkehr der Soldaten des britischen 14. Signalregiments in die Heidekaserne: "Nach den ersten Umarmungen ging's mit Kind und Kegel in die Kantine, um den letzten Wüsten-Nachgeschmack aus der Kehle zu spülen. Draußen auf dem Platz senkte einer der Heimkehrer die Spitze der Fahnenstange mit der [erbeuteten] irakischen Flagge in Siegerpose auf den Erdboden, bis das Tuch in voller Länge im Staub lag." (CZ, 28.3.1991)

Archiv für neue soziale Bewegungen

PS.: Wer noch Materialien (Flugblätter, Fotos) zu den damaligen Celler Aktionen hat, möge sie bitte dem Archiv überlassen oder zur Reproduktion zur Verfügung stellen.

LeserInnenbriefe

Kriegsbeteiligung verschleiert

Immer wieder habe ich zuletzt erlebt, wie in Diskussionen behauptet wird, Deutschland könne die Nutzung des Luftraums durch US-Flugzeuge bei einem militärischen Angriff gegen den Irak nicht versagen. Leider lassen die Bundesregierung und auch die Medien hier viel Unklarheit. Dabei ist kaum etwas so eindeutig, wie die Tatsache, dass nach allgemeinem Völkerrecht jeder Staat über seinem Staatsgebiet die Lufthoheit hat. Der Ein- und Überflug ist nur mit Genehmigung dieses Staates erlaubt. Und Abkommen, die den USA generelle Rechte für den militärischen Überflug gewähren, sind nicht bekannt. Das von manchen ins Feld geführte Nato-Truppenstatut regelt mit seinem Zusatzabkommen zwar umfassend die Rechtsstellung der US-Truppen in Deutschland. Flugrechte werden hier aber nur für "Manöver und anderen Übungen" eingeräumt. Auch aus dem Nato-Vertrag ergeben sich keine Verpflichtungen der Bundesregierung, Überflugrechte einzuräumen. Der Bündnisfall kann nur bei einem "bewaffneten Angriff" auf einen Nato-Staat festgestellt werden. Ein solcher Angriff seitens des Irak liegt nicht vor. Und sogar im Bündnisfall müssen die Nato-Staaten nur die Hilfe leisten, die sie "für erforderlich erachten", um den Angriff abzuwehren. Ein Präventivschlag der USA ist sicher kein Bündnisfall.

Würde es die Bundesregierung mit ihrem öffentlich immer wieder geäußerten "Nein zum Krieg" ernst meinen, hätte sie die Überflugsrechte verweigern müssen, die Fuchs-Spürpanzer und die Marine aus der Krisenregion zurückholen und den Awacs-Kriegs-Einsatz deutscher Soldaten untersagen

müssen. Die unklare Haltung selbst zum Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat zeigt, dass es der Regierung nicht ernst ist und sie die faktische Kriegsbeteiligung vor der Bevölkerung verschleiert.

Cornelia Döllermann-Nölting

Verteidigung am Hindukusch

Da der Bundeswehr ja kaum noch Aufgaben bei der Landesverteidigung geblieben sind, hat der Verteidigungsminister ihren neuen Auftrag verkündet: In der Prioritätenliste stehen Auslandseinsätze an erster Stelle.

Diese Entwicklung folgt dem von der NATO erarbeiteten "Strategischen Konzept", das "auf Grundlage der gemeinsamen Werte Demokratie und Menschenrechte eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa" unter Einbeziehung des "euroatlantischen Raums" sichern soll. Unter Beibehaltung der nuklearen Erstschlagoption wird Selbstmandatierung für militärische Operationen offen gehalten. Wesentlich ist in jedem Fall Wahrung "gemeinsamer Sicherheitsinteressen" im Rahmen eines euroatlantischen Umfelds. Der Umbau des Verteidigungspakts zum Interventionsbündnis hat vor wenigen Wochen seine weitere Ausgestaltung auf dem NATO - Gipfel in Prag gefunden: Einsatzgebiet ist die ganze Welt. Dazu soll eine Blitzkriegstruppe geschaffen werden, die potentielle Gefahren durch Terrorismus oder Feindstaaten bei steter Einsatzbereitschaft präventiv begegnen kann.

Der Regisseur in Washington hat hier fast widerstandslos glänzend agiert. Drehbuchartig laufen auf dieser Grundlage

die weiteren Akte des am besten und längsten geplanten Kriegs der Neuzeit gegen den "Schurkenstaat" Irak ab. Geschickt hat der Regisseur dabei den UN die Verantwortung zugespielt. Schon geringe irakische Verstöße gegen die UN - Resolution reichen für "ernsthafte Maßnahmen" aus, auf die die USA bereits seit Jahren im Zusammenhang mit den von ihnen einseitig festgelegten Flugverbotszonen hinarbeiten. Im angepeilten Krieg wird sich auch Deutschland mindestens indirekt beteiligen, worauf die Bevölkerung scheinbarweise vorbereitet wird. Die Regierung hat US - Truppen bereits Nutzung deutscher Stützpunkte nebst Flugrechte zugestanden, und in Kuwait stationierte Spürpanzer bleiben entgegen früherer Aussagen nun doch vor Ort.

Die USA haben im Verlauf der Kriegsvorbereitung eine neue "Präventivschlag - Doktrin" vorgelegt, die der aus dem Kalten Krieg überkommenen atomaren Abschreckung ein Ende setzt. Die "Vorwärtsverteidigung" - wer zuerst schießt, stirbt als zweiter - ist zum politische Kalkül erhoben. Der Ölkrieg am Golf hat eine weitere Phase erreicht. Nur Ausdrücke, in denen das Reizwort "Intervention" vorkommt, werden zurückgewiesen. Bei "Vorwärtsverteidigung" wird aggressive Intervention zu notwendiger Defensivtaktik verniedlicht. So wird Deutschland nach Spruch des Verteidigungsministers bereits "am Hindukusch verteidigt".
Hans Steuernagel

Antikriegsaktion bei Struck- Veranstaltung in Winsen

Ein gutes Dutzend KriegsgegnerInnen konfrontierte Mitte Januar vor einer Veranstaltung in Winsen/Aller Bundesverteidigungsminister Peter Struck mit ihrer Forderung nach Konsequenzen aus seinem "Nein zum Irak-Krieg". Sie forderten in einem an die BesucherInnen der Veranstaltung verteilten Flugblatt die Verweigerung der Überflugrechte und den Rückzug der Spürpanzer und der Marineeinheiten vom Golf. Alles andere bedeute die faktische Kriegsbeteiligung Deutschlands. "Von deutschem Boden geht Krieg aus" hieß es auf einem der Transparente, "Abschaffung der Bundeswehr. Schwerter zu Pflugscharen" auf einem anderen. Im Unterschied zum SPD-Landtagskandidaten Rolf Meyer verweigerte der Bundesminister jegliche Auseinandersetzung mit den FriedensaktivistInnen. Die Celler Polizei ließ im Einklang mit der Celleschen Zeitung mal wieder Augenmaß walten: Sie wertete den Protest als unangemeldete

Demonstration und stellte laut CZ-Bericht Strafanzeige. Mehr als eine unangemessene Drohung mit dem Ziel der Obrigkeit künftig Protest vom Hals zu halten, ist das nicht. Eine Einstellung ist in diesem Fall genauso wahrscheinlich wie im Falle des Verteidigungsministers, gegen den zum Zeitpunkt der Veranstaltung bundesweit Strafanzeigen wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges gestellt waren.



Fortsetzung von Seite 7

Stattdessen wird der Einzelfall als typisch für die Yeziden dargestellt. Damit wird eine Minderheit unter Pauschalverdacht gestellt. Unsere Schilderung der Problematik passte offensichtlich nicht in das klischeege tränkte Bild, das der Autor von den Yeziden zeichnet: keine 4000 Jahre alte Religion mit einer reichen Philosophie, sondern eine Sekte, die bereit ist, Angehörige zu quälen und zu verfolgen. Wir haben dem Autor die historischen Gründe für die Heiratsregel erläutert und deutlich gemacht, dass die yezidische Religion sich nicht auf diese Regel allein reduzieren lässt. Statt dies wenigstens aufzugreifen, hat er ein Negativ-Bild von den Yeziden in die Welt gesetzt, das sich dafür eignet, ausländerfeindlichen Haltungen eine Legitimation zu verschaffen, und das ausgerechnet im SPIEGEL.

Als religiöse Minderheit, die schwersten Verfolgungen von religiösen Fanatikern ausgesetzt war und in einigen Ländern noch ist, haben wir in Deutschland eine Zeit der

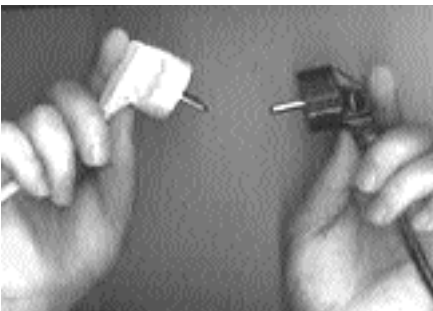
Freiheit jedenfalls in religiöser Hinsicht erlebt, für die wir dankbar sind. Wir hatten begonnen, uns dort, wo wir stehen - an Schulen, Hochschulen, in Lehre und Beruf - der deutschen Gesellschaft zugehörig zu fühlen. Der Artikel birgt die Gefahr, dass wir auch in diesem Land ausgegrenzt und diskriminiert werden.

Die yezidischen Vereine in Deutschland

Yezidisches Forum e.V. (Oldenburg) / Gemeinde der Yeziden e.V. (Bergen) / Ezidenzentrum im Ausland e.V. (Hannover) / Föderation yezidischer Kurden e.V. (Celle, Bielefeld, Emmerich, Peine) / Verein der Eziden am unteren Niederrhein e.V. (Kleve) / Plattform ezidischer Celler (Celle) / Der heilige yezidische Verein in Ostfriesland e.V. (Leer) / Jesidischer Kulturverein (Detmold)

IPPNW fordert Stilllegung

Der sogenannte Atomkonsens widerspricht dem geltenden Atomgesetz und der Verfassung. Diese Auffassung der atomkritischen Ärztevereinigung IPPNW referierte in einer Veranstaltung im November Claus Stahl von der Celler AG Energiewende. Weder würden die im Atomkonsens vereinbarten Sicherheitsstandards dem vom Gesetz geforderten Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen, noch dürften rechtlich gesehen Atomkraftwerke ohne vorhandenes Endlager oder angemessene Haftpflichtversicherung weiterbetrieben werden. Die Betriebsgenehmigungen für die deutschen AKWs müssten entzogen werden.



Apartheidopfer verklagen Rheinmetall

Südafrikanische Apartheidopfer haben gegen 20 Unternehmen vor einem New Yorker Gericht eine Sammelklage auf Entschädigung eingereicht. Auf der Anklagebank soll auch die Firma Rheinmetall sitzen, weil sie 1977 unter falschen Angaben eine komplette Munitionsabfüllanlage an das südafrikanische Rassistenregime geliefert habe.

Keine Macht den Drogen?

Mit rund 150000 Euro hat die Stadt - wie im November bekannt wurde - die Ansiedlung des "Handelshaus Moldawa" gegenüber dem Alten Rathaus gefördert. Größtenteils sollen Weine und Spirituosen, vor allem

Wodka, vertrieben werden. Angesichts der leeren Kassen der Stadt wunderte sich selbst die CZ über diese dreiste Subventionierung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens, aus den Reihen der Politik war nichts zu hören, außer der Befürwortung durch Biermann und Stumpf. Ach so: Es könnte ja auch einen Einspareffekt geben. Oder will die Stadt ernsthaft weiter "Keine Macht den Drogen" - Kampagnen fördern. Für die paar hundert Euro sollte man ehrlicher Weise lieber Wodka für Empfänge mit moldawischen Geschäftspartnern einkaufen.

Hakenkreuze auf Friedhof

Als "Beiwerk" zu einem nächtlichen Vandalismus hinterließen die Täter auf dem Neuenhäuser Friedhof auch ein Hakenkreuz auf einer auf dem Friedhofsgelände abgestellten Adventsmarktbude.

1350 Euro für Hitlergruß

Zu einer Geldstrafe in Höhe von 1350 Euro wurde im Dezember der Celler Neonazi Dennis Bührig verurteilt. Das Amtsgericht Celle verurteilte ihn zu 90 Tagessätzen wegen der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen, er hatte sich nach einer Schlägerei vor einer Gaststätte mit dem "Hitler-Gruß" verabschiedet. Das Strafmaß fiel so hoch aus, weil Bührig einschlägig vorbestraft ist und eine Bewährungsstrafe lief.

Nazis machen Wahlkampf

Beim Überleben von SPD-Plakaten wurden in der Woche vor der Landtagswahl zwei 29-jährige Männer erwischt, die die Polizei dem rechtsextremistischen Bereich zuordnet. Die Staatsschutzabteilung der Polizei führte daraufhin bei beiden Hausdurchsuchungen durch.

Säbelrasselmann

Über Verstorbene soll man ja nicht schlecht reden. Aber Wilfried Hasselmann, der Politik in klaren Freund-Feind-Kategorien betrieb, hätte es sicher nicht geschert, nochmal als "Säbelrasselmann" tituiert zu werden. Der im Januar im Landkreis Celle gestorbene CDU-Landespolitiker hatte ja auch aus seinem Hang zum Militär nie ein Hehl gemacht. Als Niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten schickte er z.B. 1978 dem Bundestreffen der Ritterkreuzträger der Hitler-Wehrmacht ein Grußschreiben: "Sie haben in vorbildlicher Weise als Soldaten Ihre Pflicht erfüllt. Das bleibt gültig für die nachwachsende Generation."

Rechtsaußen mit Mobilisierungsschwäche

Immerhin vier EinzelbewerberInnen für die Wahlkreise Celle-Stadt und Celle-Land konnten die erforderlichen 100 Unterstützungsunterschriften nicht zusammenbringen. Dabei handelt es sich ausschließlich um Personal von rechtsaußen: von der Schill-Partei (Rechtsstaatliche Offensive) scheiterten Harry Behn aus Oldendorf und Thomas Ehrhorn aus Lachendorf, für die REPs Christiane Kott aus Bergen, und auch für Gabriele von Rumohr von der Partei Bibeltreuer Christen darf mensch erstmals seit einigen Jahren kein Kreuz machen. Wir wollen dies mal als ein Zeichen vergleichsweise schwacher organisatorischer Strukturen deuten.

Neue Kampagne gegen Flüchtlinge

Mit einer aufwendigen Razzia im Dezember brachte die Polizei das Flüchtlings-"heim" am Harburger Berg mal wieder in die Schlagzeilen. Anlass genug für die BILD-"Zeitung" einen reißerischen Bericht unter der Überschrift: "Sie verkauften Marihuana, Kokain, Heroin, Ecstasy für 400000 Euro pro

LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

Jahr / Jetzt nahm die Polizei die Dealer hops! 15 Afrikaner und Asiaten festgenommen / DROGEN-SUPERMARKT IM CELLER ASYLHEIM". Abgesehen davon, dass nur neun Männer vorläufig festgenommen wurden und schließlich nur gegen drei ein Haftbefehl erging, fanden die 70 bei der Razzia eingesetzten Polizeibeamten auch kein Heroin, sondern 400 Gramm Haschisch und 280 Gramm Amphetamin sowie geringe Mengen Kokain und Ecstasy - also im wesentlichen sogenannte "weiche Drogen". Der Celler Polizeichef Schomburg sprach im Anschluss von einer "Marktplatzsituation".

Was in der Angelegenheit von vornherein wieder keine Rolle spielte, ist die schlichte Tatsache, dass von den insgesamt 37 in dem ehemaligen Hotel untergebrachten Flüchtlinge gegen drei ein Haftbefehl erlassen wurde. Die Stimmungsmache aber trifft alle. Aus verschiedenen Gründen sprachen sich zunächst RatsvertreterInnen von SPD, Bündnisgrünen und WG für eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge aus, was vor Monaten auch Polizeichef Schomburg schon mal befürwortet hatte. Sein Argument ist, dass bei einer solchen Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen Drogenfunde jeweils konkret zugeordnet werden könnten, was in der Massenunterkunft kaum möglich ist. Wolf Wallat von der SPD und Georgia Langhans von den Bündnisgrünen betonten darüber hinaus Aspekte einer menschenwürdigen Unterbringung. Die CDU-Vorsitzende Astrid Peters lehnte diese Lösung zunächst zumindest nicht mehr von vornherein ab.

Nach einem Gespräch mit Polizei und Staatsanwaltschaft wischte Oberbürgermeister Martin Biermann eine solche Herangehensweise aber vom Tisch, weil - so sein herbeigeholtes Argument - die Stadt keine 30 bis 40 kleine Wohnungen habe. Dass er kein Interesse an einer differenzierten, menschlichen Lösung hat, zeigt aber insbesondere seine öffentlich vorgetragene Überlegung, die Flüchtlinge in einer Liegenschaft unterzubringen, die vom Stadtzentrum weiter entfernt ist und eine schlechtere Verkehrsanbindung

hat. Die FDP sekundierte, sprach von einem "Brandherd" (und das angesichts von Rostock, Mölln und Solingen) und brachte tatsächlich als Standort die "gut ausgeleuchtete Justizvollzugsanstalt Salinenmoor" ins Gespräch. Die Mauerfans sind gedanklich wieder da, wo sie schon vor zwei Jahren hinwollten: beim Knast. Öffentlich widersprochen hat dieser erneuten massiven Ausgrenzungsstrategie bisher niemand.

Um es nochmal deutlich auf den Punkt zu bringen: Handel mit illegalen Drogen und zumeist auch ihr Gebrauch ist in diesem Lande strafbar. Strafbar ist nicht, mit einem Drogenhändler oder -konsumenten unfreiwillig Zimmerwand an Zimmerwand zu leben. (Sonst hätte man ja Bayer Leverkusen gleich mit seinem Trainer in die türkische Liga versetzen müssen.) Es ist nicht allein unmenschlich, sondern auch vom Gedanken der Aussonderung getragen, wenn man - wie man in CDU-Kreisen sagen würde - unbescholtene Bürger, und das ist unzweifelhaft die große Mehrheit der "Heim"-Bewohner, jetzt an den Stadtrand verlegen will und dabei "strafverschärfend" noch eine möglichst schlechte Verkehrsanbindung bevorzugt. Bezogen auf vergangene Zeiten nannte man das Sippenhaftung. Dieser Skandal gehörte auf die Seiten großer liberaler Zeitungen und nicht die fast zwangsläufige Kriminalität einzelner Flüchtlinge. Der Sozialhilfesatz für Flüchtlinge ist seit zehn Jahren nicht um einen einzigen Pfennig oder Cent erhöht worden, es ist ein Leben unterhalb der Armutsgrenze ohne jede Chance auf ein eigenes Einkommen. Das ist offenbar nicht jeder bereit stoisch hinzunehmen, wo die wahrscheinlichste Perspektive sowieso die Abschiebung ist.

Übrigens: Die Stadt bezahlt durchschnittlich 229 Euro Warmmiete pro im Flüchtlings-"heim" untergebrachter Person für klitzekleine Löcher.

Langhans gegen Gutscheine

Die Celler Landtagsabgeordnete Georgia Langhans hat als migrationspolitische Sprecherin der bündnisgrünen

Fraktion die Einstellung der Wertgutscheinausgabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gefordert. Stattdessen sollten, so Langhans in einer Pressemitteilung vom Januar, den Flüchtlingen die Kosten für den täglichen Bedarf wieder in bar erstattet werden. Die Landesregierung hatte die Gutscheinregelung vor einigen Jahren gegen den großen Widerstand vieler Kommunen durchgesetzt. Langhans verwies darauf, dass auch andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und selbst das CDU-regierte Hessen weiterhin Bargeld an Flüchtlinge ausgeben.

PDS mit neuem Vorstand

Die Celler PDS hat im November Steffen Lenze zum Vorsitzenden und Stephan Warschau aus Wathlingen zum Stellvertreter gewählt. Der bisherige Vorsitzende und Bundestagskandidat Lothar Kaminski gehört dem Vorstand nicht mehr an.

Kirche gegen Krieg

Überraschend eindeutig sprechen sich die obersten Gremien der Kirchen gegen einen Krieg gegen den Irak aus. Der Celler Pastor Friedhelm Klein forderte in seinen im "Celler Kurier" veröffentlichten "Gedanken zur Jahreswende" einen "Aufstand gegen den Krieg": "Die Zeichen der



Zeit stehen im Augenblick auf Krieg. Das ist schlimm. Aber wir müssen diese Zeichen des Krieges, Verlautbarungen von Politikern und Fernsehbilder von faszinierender Kriegstechnik, nicht schicksalsergeben hinnehmen. Ein Aufstand gegen den Krieg ist nötig. Und dieser Aufstand ist jedermann und jeder Frau möglich! Keiner soll meinen, ein Krieg in Nahost ginge uns nichts an. Er wird uns alle treffen. Deshalb sollte jede und jeder von uns mit ganzer Kraft für den Frieden eintreten."



Mit Ihrer Hilfe in nur fünf Jahren zum Atomausstieg!

Energietipps der rot-grünen Bundesregierung

Die Bundesregierung strebt angesichts der ungeminderten Kritik am Atomkonsens und der Proteste gegen die Atomwirtschaft und Castor-Transporte mit Hilfe der Bevölkerung jetzt einen schnelleren Ausstieg an.

Nach der "Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000", die am 11. Juni 2001 unterzeichnet worden ist, ist zwar die künftige Nutzung der vorhandenen Atomkraftwerke (AKW) befristet. Jedes AKW darf bekanntlich nur noch eine festgelegte Strommenge erzeugen, zusammen aber insgesamt immerhin 2.623.300.000.000 Kilowattstunden. Die Regellaufzeit eines AKW beträgt dabei rund 32 Jahre. Hat ein AKW aber seine Strommenge erzeugt, soll es eigentlich vom Netz genommen werden. Obrigheim ist eine Ausnahme. Versprochen.

Deshalb sind jetzt die Bürgerinnen und Bürger gefragt:

Je mehr Atomstrom sie verbrauchen, desto eher gehen die Reaktoren vom Netz. Wenn jeder Haushalt seinen Stromverbrauch verfünffacht, können die meisten Atomkraftwerke schon bis zum Jahr 2008 vom Netz. Die Bundesregierung wirbt deshalb jetzt in einer groß angelegten Kampagne im Konsens mit den Energiekonzernen für Stromverschwendung. Und jeder Haushalt kann sich beteiligen:

Schon beim Kochen fängt es an

Sie sollten auf Elektroherd kochen und selbstverständlich immer mit offenen Töpfen. Das verbraucht mehr Strom, und man sieht's dabei schön bruzzeln. Bis zu einem Drittel der Energie verpufft beim Kochen ungenutzt, wenn der Topf einen nur drei Zentimeter kleineren Durchmesser hat als die Kochplatte. Also: Wählen Sie den Topf nie passend zur Platte und zur Füllmenge! Nie Schnellkochtöpfe verwenden, denn sie sparen bis zu 50 Prozent Energie. - Den Backofen nicht mehr sauber machen, denn verschmutzte Flächen leiten die Wärme schlechter und erhöhen so den Stromverbrauch. Grundsätzlich vorheizen, und möglichst oft die Ofentür öffnen - so wird's auch schön warm in der Küche.

Kaufen mit dem G-Faktor

Achten Sie beim Kauf neuer Elektrogeräte nur noch auf

den Anschaffungspreis. Verbrauchskriterien sind der erforderlich energiepolitischen Wende unterzuordnen. Leisten Sie sich mit dem eingesparten Geld lieber ein weiteres Elektrogerät. Kaufen Sie die Geräte bei Herstellern wie Siemens, die mit der Atomwirtschaft eng verflochten sind und den Aufruf der Regierung zur Stromverschwendung unterstützen. Eine wichtige Entscheidungshilfe gibt beim Gerätekauf eine Skala (von A = sparsam bis G = hoher Energieverbrauch), kaufen Sie nur Geräte mit dem "G"-Faktor (wie Grün und Gerd).

Die Erleuchtung in jedem Haushalt

Glücklicherweise verwenden die meisten Haushalte Glühlampen, sie verlieren über 95 Prozent der elektrischen Energie als Wärme. Also ein hilfreicher Energiefresser! Energiesparlampen verbrauchen bei gleicher Lichtausbeute 80 Prozent weniger Strom als konventionelle Glühlampen. Übrigens: Je mehr Räume Sie beleuchten, um so freundlicher wirkt Ihre Wohnung oder Ihr Haus von der Straße her.

Im Kühlschrank geht kein Licht mehr aus

Mit über 10 Prozent steht der Kühlschrank an der Spitze der Stromverbraucher unter den Haushaltsgeräten. Der Verbrauch ist umso höher, je mehr Wärme er in Kälte umwandeln muss: Der Elektroherd oder der Heizkörper sind also die geeignetsten Nachbarn für den Kühlschrank. Die Wärme, die hier abgestrahlt wird, dringt durch die Isolierung und erhöht problemlos den Stromverbrauch. Eine Gefriertruhe steht am besten in einem warmen Raum. Übrigens: An warmen Sommerabenden ruhig mal die Kühlschranktür auflassen, das wirkt wie eine kleine Klimaanlage.

Stand by - immer bereit für den schnellen Atomausstieg

Halten Sie Ihre Fernseher, Stereoanlagen oder Videorekorder stets einsatzbereit, das ist bequem und außerdem sind Stand-by-Schaltungen kleine Stromfresser. Glücklicherweise sind Computer, TV- und Videogeräte sowie Stereoanlagen heute schon meist serienmäßig mit einer Stand-by-Funktion ausgerüstet. Experten haben übrigens errechnet, dass durch den Stand-by-Betrieb und andere Leerlaufverluste von Elektrogeräten in Haushalten und Büros jährlich Energie verbraucht wird, die der Leistung zweier Großkraftwerke entspricht. Steigerungspotentiale liegen leider nur in der

Anschaffung zusätzlicher Geräte - und selbstverständlich in ihrem permanenten Betrieb.

Es liegt kein Grauschleier über der Stadt

Halbvolle Maschine, möglichst viel Wasser und hohe Temperatur - so lautet das Motto, das sich jede Atomenergiegegnerin beim Wäsche waschen zu Herzen nehmen sollte. Als Folge dieser Maxime hat der Grauschleier nicht mehr die geringste Chance. Wichtig: Nie die "Spar-Taste" benutzen, immer Vorwaschen. Kleidungsstücke mit unterschiedlichen Farben nie zusammen waschen, das macht zwar mehr Mühe, aber: Die Gefahr, dass rot und grün sich wie in Berlin zu Oliv vermischen, ist praktisch gleich Null.

Haben auch Sie Tipps und Vorschläge? Die Bundesregierung, das BMU, aber auch die Büros von SPD

und Grünen haben ein offenes Ohr für Sie.
Näheres erfahren Sie z.B. unter: www.anti-atom.de

Wir packen's an. Atomausstieg in nur fünf Jahren - mit Ihrer Hilfe!

Aber: Alle müssen mitmachen.

Die Atommüllmenge lässt sich mit bisherigen technischen Verfahren leider nicht verringern. Die Bundesregierung beschreitet hier konsequent den Weg der dezentralen Zwischenlagerung. Überlegen Sie, ob nicht auch Sie und Ihre Familie hier einen Beitrag leisten können. Kleine Mengen etwa lassen sich gefahrlos in Garagenregalen lagern und dank der Abwärme können Sie schon morgens in ein kuschelig aufgewärmtes Auto steigen.

ViSdP: Jürgen Tritt-ihn

Mythos Demographie

Die vielzitierte "demographische Entwicklung" ist für die Malaise des Rentensystems nicht verantwortlich. Von Sahra Wagenknecht

Entnommen und gekürzt aus der konkret 01/2003

... In der Tat schreibt die Rentenversicherung notorisch rote Zahlen: Trotz Riesters Erbe und eines Bundeszuschusses in Höhe von immerhin 49,2 Mrd. wird das Defizit in diesem Jahr bei schätzungsweise 3,8 Mrd. Euro liegen. Am 1. Januar steigen aufs neue die Beiträge: von 19,1 auf 19,5 Prozent. So kann es nicht weitergehen! rufen die Rentenmodernisierer. Das Umlagesystem mag zu Bismarcks Zeiten funktioniert haben; heute sei es zu einer unerträglichen Bürde für die junge Generation geworden ...

Schuld ist, wir wissen es seit Blüm, die "demographische Entwicklung". Lothar Späth hat das Einmaleins des Rentenklus jetzt im "Handelsblatt" erneut durchbuchstabiert: Die Leute fingen immer später an zu arbeiten, gingen immer früher in den Ruhestand und lebten dann zu allem Überfluss auch immer länger. Immer weniger Erwerbstätigen stünden so immer mehr lebens- und konsumlustige Senioren gegenüber. Unter solchen Bedingungen könne "die jetzige kollektive Rentensystematik für die nächste Generation nicht aufrechterhalten werden".

Dieser irrwitzige Fehlschluss ist lange genug wiederholt worden, dass ihn nun alle für logisch zwingend halten. Ohne Zweifel gibt es in Deutschland, wie in vielen anderen Industriestaaten, die vielbeschworene Verschiebung in der Altersstruktur. Auf einhundert Einwohner zwischen 20 und 60 Jahren kommen gegenwärtig in der Bundesrepublik vierzig Einwohner über 60. Voraussichtlich - geht man vom

Fortbestehen des gegenwärtigen Trends aus - wird das Verhältnis im Jahr 2030 bei hundert zu siebzig liegen. Was die "Uns-gehen-die-Jungen-aus"-Debatte allerdings vergisst bzw. bewusst ausblendet, ist zweierlei: Erstens würde das Problem sich wesentlich reduzieren, wenn wenigstens jeder, der erwerbsfähig ist und Lust auf Arbeit hat, auch erwerbstätig sein

könnte. Davon trennt uns gegenwärtig eine Kluft von mindestens sechs Millionen fehlenden Stellen. Das heißt: sechs Millionen Menschen in diesem Land wären vermutlich froh, wenn sie die Renten der Rentner miterarbeiten könnten, indem man ihnen erlaubte, ihren eigenen Lebensunterhalt durch ein angemessenes Arbeitseinkommen zu sichern.

In diesen Kontext gehört auch die vielbeklagte Verringerung der Lebensarbeitszeit. Dass die Beschäftigungszeit von Arbeitnehmern derzeit im Schnitt bei 37 Jahren liegt - Tendenz abnehmend -, hat seinen wichtigsten



Grund keineswegs in der wachsenden Vorliebe für Vorruhestand und Frühpensionierung. Der Hauptgrund liegt darin, dass Unterbrechungen des Erwerbslebens durch Arbeitslosigkeit längst zur Regel geworden sind und jemand, der mit Ende vierzig seinen Job verliert, kaum noch eine Chance zum Wiedereinstieg ins Berufsleben hat. Die von Wirtschaftsbossen und neuerdings von Rürup geforderte Erhöhung der Lebensarbeitszeit würde somit kaum dazu führen, dass rüstige Siebzigjährige in Zukunft an Aldis Kassen sitzen müssen. Sie würde vor allem bedeuten, dass arbeitslose Senioren künftig noch länger in der Sozialhilfefalle bleiben, ehe sie Anspruch auf ihre Rente erhalten, und dass diese Rente dann noch seltener eine Höhe erreicht, die das Sozialhilfeniveau übersteigt. Das zum einen.

Zum anderen wird ignoriert - und das ist der Kern der demographischen Rentenlücke -, dass zwar die Zahl der Erwerbsfähigen abnimmt, die von ihnen geleistete Arbeit aber von Jahr zu Jahr produktiver wird. In den Neunzigern ist die Produktivität in der Bundesrepublik jährlich im Schnitt um 2 bis 2,5 Prozent gewachsen. Die Zahl der Rentner relativ zu den Erwerbstätigen wird zwischen 2000 und 2040 um schätzungsweise 0,75 Prozent pro Jahr zunehmen. Selbst wenn der Produktivitätsanstieg sich in Zukunft halbieren sollte - wovon nicht auszugehen ist -, wäre die demographische Veränderung durch die wachsende Erzeugungskraft der menschlichen Arbeit somit mehr als ausgeglichen.

Im übrigen ist die Verschiebung der Relation zwischen Arbeitenden und Menschen im Rentenalter durchaus kein neues Phänomen. Dieser Prozess läuft seit Jahrzehnten. 1960 finanzierten, statistisch gesehen, 4,6 Beitragszahler je einen Rentner. Im Jahr 2000 waren es nur noch 2,4. Das Verhältnis zwischen Rentnern und Beitragszahlern hat sich somit in vierzig Jahren annähernd halbiert. Zugleich wurde das Rentenniveau von 60 Prozent Anfang der sechziger Jahre auf 70 Prozent seit Beginn der Siebziger angehoben. Das Umlageverfahren hat diese Veränderungen problemlos verkraftet. Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 1,7

Beitragszahler einen Rentner finanzieren. Und das soll per Umlage plötzlich nicht mehr gehen?

Noch eine weitere Zahl ist interessant: Betrachtet man die von den Unternehmen zu zahlenden Sozialbeiträge aller Art, ergibt sich, dass deren Summe seit 1975 konstant etwa 11 Prozent der volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ausmacht. Auch der Umfang der Sozialbeiträge insgesamt in Relation zum BIP hat sich in den zurückliegenden 25 Jahren nicht verändert. Was sich dagegen erheblich verändert hat, ist der Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt. Die (bereinigte) Lohnquote, die dieses Verhältnis misst, ist seit 1980 - und besonders drastisch seit 1990 - in nahezu jedem Jahr gefallen. Inzwischen bewegt sie sich auf einem Level unterhalb des Werts der fünfziger Jahre. Wenn ich allerdings eine gleichbleibende Größe in Relation zu einer abnehmenden setze, dann wächst nach den Regeln der Mathematik der Prozentsatz, der den Anteil der ersteren an letzterer ausdrückt. Die Wurzel des Rentenproblems erschließt sich somit als Ergebnis einfacher Prozentrechnung: Diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten, haben immer weniger Anteil an ihm - ein Trend, der das lohnbezogene Sozialversicherungssystem in all seinen Elementen auf tönernen Füßen stellt.

Nicht also die demographische Entwicklung ist für die Malaise der Rentenversicherung verantwortlich, sondern Lohndumping, niedrige Tarifabschlüsse, Zunahme ungeschützter und ungesicherter Beschäftigung, die Ausweitung von Teilzeitarbeit und natürlich Arbeitslosigkeit. Der Verband der Rentenversicherer hat zu Recht auf die zusätzlichen Gefahren hingewiesen, die der Rentenversicherung aus der Umsetzung des Hartz-Konzepts - Absenkung der Sozialpauschale für "Dienstmädchen"-Jobs und Zwangsleihearbeit zum Billigtarif inklusive - erwachsen. Wenn die Rentenversicherung 2003 erneut mit einem Minus abschließt, sollten die Ursachen hier und nicht in Sterbetafeln und Alterspyramiden gesucht werden. (Nebenbei sei darauf hingewiesen, dass auch die 1999 im Rahmen des Eichelschen Sparpakets durchgesetzte Kürzung der Rentenbeiträge für Arbeitslose ihren Beitrag zur Verschärfung des Problems geleistet hat.)

Aus der Misere gäbe es mehrere vernünftige Auswege. Der erste und naheliegendste wäre, die Gewerkschaften bewiesen dem Kapital einmal wieder, dass sie nicht nur kungeln, sondern auch kämpfen können und brächten auf diese Weise die Lohnquote sukzessive zurück auf das Niveau der siebziger Jahre. Für diesen Weg sprechen viele gute Argumente, gegen ihn, leider, spricht die derzeitige Verfaßtheit der Gewerkschaften, zumindest ihrer Oberhäupter. Eine andere Variante - nicht alternativ zur ersten, sondern durchaus ergänzend - bestünde darin, die Art der Finanzierung der



Rentenversicherung zu verändern. Indem beispielsweise Einkommen aus Zinsen, Dividenden und Mieten in gleicher Weise wie Arbeitseinkommen herangezogen würde und - vor allem - der sogenannte "Arbeitgeberanteil" nicht mehr als fixer Prozentsatz der Lohnsumme im Unternehmen berechnet würde, sondern auf Basis der gesamten betrieblichen Wertschöpfung. Die Höhe der von einem Unternehmen zu zahlenden Sozialbeiträge würde dann durch dessen Gewinne mitbestimmt. Das hätte nebenbei den Vorteil, dass arbeitsplatzvernichtende Rationalisierung nicht länger durch sinkende Beitragspflichten belohnt würde und Westerwelle uns nicht mehr mit der Platitüde nerven könnte, hohe "Lohnnebenkosten" verursachten Arbeitslosigkeit. Während gegenwärtig tatsächlich ein Unternehmen um so stärker zur Kasse gebeten wird, je mehr Mitarbeiter es beschäftigt, bedeutet eine Finanzierung der Sozialabgaben anteilig zur Wertschöpfung, dass Unternehmen mit hohen Gewinnen höhere Beiträge zu zahlen hätten; kleine und mittlere Betriebe, die zumeist arbeitsintensiv produzieren, würden dagegen durch eine solche Regelung entlastet.

Es gäbe also Wege, die Probleme der Rentenversicherung in den Griff zu bekommen - ohne Absenkung der Leistungen, ohne Erhöhung des Rentenalters. Die Ergänzung bzw. teilweise Ersetzung des Umlage- durch das Kapitaldeckungsverfahren, kurz: die Teilprivatisierung der Rente, löst dagegen kein einziges reales Finanzierungsproblem. Es gibt nämlich keinen plausiblen Grund, weshalb in einem System, wo jeder für sich selbst vorsorgt, am Ende insgesamt mehr Geld zur Verfügung stehen sollte als in einem umlagefinanzierten. Dies verhielte sich nur dann so, wenn die Investitionen gegenwärtig wegen Kapitalmangel - d. h. wegen zu geringer Sparquoten - niedrig wären. Das Gegenteil ist aber der Fall. Der in der Bundesrepublik seit Jahren rückläufigen Investitionsrate steht ein permanent wachsendes Geldvermögen gegenüber. Eigentümer desselben sind nicht nur reiche Privatiers, sondern in zunehmendem Maße die Wirtschaftsunternehmen selbst. Große Konzerne (sehen wir von der beliebten Volksaktie Telekom ab) arbeiten seit Jahren überwiegend mit positivem Finanzierungssaldo, d. h. sie deponieren mehr Geld in Finanzanlagen als sie insgesamt an Schulden haben. 40 Cent von jedem Euro nichtausgeschüttetem Gewinn werden in Aktien bzw. - derzeit bevorzugt - Anleihen und Geldmarktpapieren angelegt.

Finanzierungsorgen haben allenfalls kleine und mittlere Firmen, denen die Großbanken oft genau dann den Kredithahn zudrehen, wenn sie das Geld am dringendsten brauchen. Aber deren Kredit Chancen werden durch die Privatisierung der Rente nicht gestärkt. Die "FAZ" hatte von Beginn an ein gutes Gespür, wohin das Geld fließen dürfte: "Die Rentenreform ist ein positiver Liquiditätsimpuls für Aktien" (18.10.00) und "Aktienmärkte profitieren langfristig von der Rentenreform" (2.3.01) lauteten die Kommentare im Wirtschaftsteil. Etwa 30 Mrd. Euro zusätzlicher Anlagegelder werden allein durch Riesters Rentenreform ab 2008 in der Bundesrepublik erwartet. Spätestens sie sollen die dümpelnden Finanzmärkte offenbar wieder auf Trab bringen, die Aktienfonds füllen und die Gewinne ihrer Anbieter nach oben

treiben. Ein Drittel des Geldes wird staatlich gesponsert sein. Milliarden an Steuermitteln und die Alterssicherung von Millionen Menschen werden so zum Spekulationsobjekt von Finanzkonzernen und zum Spielball der Kursentwicklung an den internationalen Kapitalmärkten.



Eindrucksvolle Ergebnisse derartiger

Operationen lassen sich derzeit in den USA besichtigen. Von den 99 Millionen US-Bürgern, die Gelder in private Pensionsparpläne einzahlen, nehmen 58 Prozent an sogenannten 401-(k)-Sparplänen teil. Sie sparen einen Teil des Gehalts steuerfrei bei ihrem Arbeitgeber, der dieses Geld in diversen Anlageformen, bevorzugt natürlich eigenen Unternehmensaktien, investiert. Insgesamt 1,64 Billionen Dollar Pensionsgelder werden zur Zeit in dieser Anlageform verwaltet, drei Viertel davon sind in Aktien angelegt. Alle viertel Jahre werden die Sparer über den Wert ihres Vermögens - und damit ihrer Alterssicherung - informiert. Seit zwei Jahren steigt pünktlich mit Versendung dieser Kontoauszüge der Absatz an Herztropfen, Schlaftabletten, Alkohol und die Zahl der Überstunden in psychiatrischen Praxen. Und dabei kann froh sein, wer überhaupt noch etwas hat. Als der Pleitekonzern Enron vor Jahresfrist Gläubigerschutz beantragte, verloren etwa 20.000 Mitarbeiter über 850 Millionen Dollar Pensionsgelder. Im Unterschied zu Enron-Chef Ken Ley, der seine Millionen ins Trockene brachte, konnten sie ihre Aktien noch nicht einmal verkaufen, als der Unternehmenswert sich bereits im freien Fall befand und das drohende Ende absehbar war. Der Fall einer 56 Jahre alten Mitarbeiterin, die es durch lebenslanges Sparen auf ein Pensionsguthaben von 300.000 Dollar gebracht hatte und nach dem Desaster keine 20.000 Dollar mehr besaß, wurde tränenreich in der Boulevardpresse aufbereitet. Der Frau nützte das wenig; Rentenansprüche über das Angesparte hinaus hat sie kaum. Und Enron ist nur ein Beispiel von vielen.

Das Argument gegen die Umlage - die arbeitenden Generationen könnten die Renten der vielen Rentner nicht mehr finanzieren - wäre ohnehin, wenn es zuträfe, auch ein Argument gegen die kapitalgedeckte Rente. Denn die Rentner jeder Generation leben unbedingt und immer von dem, was die zu ihrer Rentenzeit Erwerbstätigen produzieren; sie leben nie von dem, was sie einst selbst erarbeitet haben. Ganz gleich, ob die Renten per Umlage finanziert werden oder ob die Senioren ihre in Aktien und Anleihen angelegten Gelder allmählich abschmelzen: Wieviel sie mit diesem Geld kaufen können, hängt davon ab, wieviel aktuell produziert wird. Die schönste Rendite wird sofort inflationär entwertet, wenn ihr in der Zeit, in der ihre Eigner sie ausgeben möchten, nicht ein Plus an real produzierten Gütern gegenübersteht.

Wer ohne Umlage am Ende mehr hat, sind nicht alle, sondern einige: diejenigen nämlich, die dank hoher Einkommen viel ansparen können und als gute Kunden von Banken und Vermögensverwaltern auch nach bestem Wissen beraten werden. Je breiter die private Säule, desto weniger müssen sie an jene abgeben, die wegen Niedriglöhnen, Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Krankheit oder aus anderen Gründen keine ausreichende Vorsorge betreiben können und dann eben leer ausgehen. Zu den Nutznießern gehören natürlich auch Banken und Versicherungen, denen der staatlich gesponserte Liquiditätsschub Milliardenprofite bringt. Und nicht zu vergessen: Die Unternehmen - ausschließlich sie! - profitieren von der Deckelung der Beiträge, denn zur privaten Vorsorge gibt es keinen "Arbeitgeberanteil". Die Beschäftigten dagegen werden - zählt man gesetzliche Beiträge und private Vorsorge zusammen - belastet wie noch nie. Und sehen Renten entgegen, die das gegenwärtige Niveau bei weitem nicht mehr erreichen dürften.

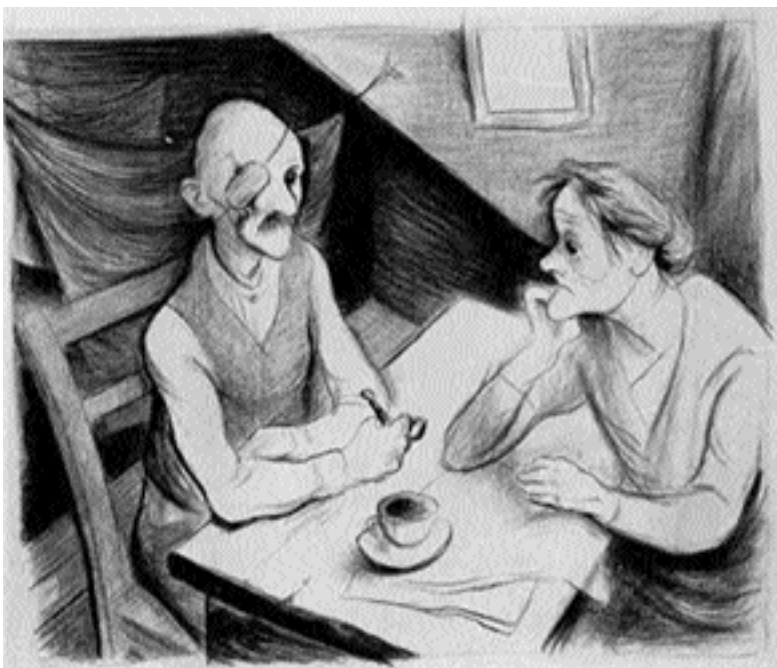
Das Argument, die Rentenreform entlaste die jüngere Generation, ist deshalb besonders zynisch. In Wahrheit findet eine bloße Umfinanzierung statt. Jene Milliarden, die die Unternehmen sparen, werden die Lohnabhängigen zusätzlich aufbringen müssen - soweit sie es können. Viele Rentner wird die Privatisierung der Vorsorge unter die Sozialhilfeschwelle drücken. Ein abhängig beschäftigter Durchschnittsverdiener mit den derzeit üblichen 37 Arbeitsjahren wird schon nach Riesters "Reform" nur noch eine Rente von etwa 53 Prozent seines Nettoeinkommens nach Hause tragen. Niedrigverdiener oder längerfristig Arbeitslose haben keine Chance. Zumal letztere auch zu denen gehören, für die "private Vorsorge" nie mehr als ein schöner Traum sein wird. Nach einer Studie des Statistischen Bundesamtes kann sich ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung keine private Altersvorsorge leisten. Ein Viertel aller Haushalte kann nach dieser Untersuchung im Monat noch nicht einmal 50 Euro sparen. Man sollte sich also vielleicht weniger wundern, wes-

halb die Nachfrage nach Riemer-Produkten sich in Grenzen hält und von den insgesamt 32 Millionen Förderberechtigten bisher kaum ein Zehntel eine entsprechende Police abgeschlossen hat. Das Geschwätz von der privaten Altersvorsorge des kleinen Mannes und vom künftig höheren Gesamtrentenniveau ist wissentliche Lüge.

Daran ändern auch die Milliarden Euro staatlicher Förderzuschüsse nichts, die die private Rentensäule stützen sollen. Denn deren Verteilung erfolgt bibeltreu: Wer hat, dem wird gegeben. Während eine Verkäuferin mit einem Bruttoeinkommen von 1.500 Euro ab 2008 Aussicht auf eine Zulage von 13 Euro im Monat hat, kann ihr Chef bei einem Einkommen von 4.000 Euro mit einem Steuervorteil von etwa 70 Euro monatlich rechnen. Selbst die 13 Euro monatliche Zulage aber stehen nur dem zu, der die vorgegebene Rate des Einkommens - 4 Prozent ab 2008 - tatsächlich spart. Wer nicht genug hat und deshalb nichts sparen kann, der kriegt auch nichts.

Insgesamt dürfte Riemer-Rürup II, wie schon Riemer I, die verfügbaren Einkommen und damit die Kaufkraft der Beschäftigten weiter schwächen und dadurch die Investitionsquoten zusätzlich nach unten drücken. Steigenden Vermögenstiteln wird somit eher ein schrumpfender realer Warenkuchen gegenüberstehen. Spätestens wenn dann tatsächlich mehr Rentner Guthaben einlösen als junge Menschen Geld anlegen, droht die Entwertung und der Crash.

Wie bei im Grunde allem, was heutzutage "Reform" heißt, geht es also auch bei der Rentendebatte nicht um die Lösung realer Probleme, sondern um Interessenpolitik. Die angeführten Zahlen des Statistischen Bundesamtes dürfte auch Gerhard Schröder kennen. Ohne Skrupel werden somit Verarmung und soziale Not in einem Ausmaß in Kauf genommen, das man bei Bedarf auf den Straßen von Los Angeles oder London heute schon in Augenschein nehmen kann. Und der agile Herr Rürup soll durchaus nicht nur der gesetzlichen Rente den Gnadenschuss geben. Er ist ausdrücklich auch mit der Reform des Gesundheitswesens beauftragt. Richtungsweisende Vorschläge wie die Abschaffung des Arbeitgeberanteils und Einführung einer einkommensunabhängigen Kopfprämie von 200 Euro zur Abdeckung des "Grundbedarfs", bei Privatisierung des Risikos für alles Weitere, hat er bereits ins Gespräch gebracht. Möglicherweise erledigt sich über diesen Weg irgendwann sogar das Rentenproblem.



Sahra Wagenknecht hat zuletzt das Buch "Die Mythen der Modernisierer" (Dingsda Verlag) veröffentlicht

Kurdische Migration und Bildungspolitik



Ein gewichtiges Ergebnis der PISA-Studie war, dass der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb in deutschen Schulen besonders ausgeprägt ist. In keinem der 32 Vergleichsländer sind zum Beispiel die Unterschiede in der Lesekompetenz zwischen Jugendlichen aus höheren und niedrigeren Sozialschichten (Kinder aus bildungsfernen Familien bzw. Migrantenfamilien) so groß

gewesen wie in Deutschland. Vor diesem Hintergrund gewinnen Studien wie jene von Sabine Skubsch an Bedeutung. Sie ging in ihrer jetzt im Münsteraner unrast-Verlag erschienenen Dissertation unter anderem der Frage nach, wie das deutsche Bildungssystem mit der immerhin viertgrößten Migrantengruppe im Lande - den Kurdinnen und Kurden - umgeht.

Die Untersuchung gliedert sich in drei große Abschnitte: Sabine Skubsch setzt sich mit den gängigen Theorien über Ethnizität und interkulturelle Pädagogik auseinander, untersucht im zweiten Teil die Situation von Kurdinnen und Kurden im Einwanderungsland Deutschland und widmet sich schließlich in einem empirisch-analytischen Abschnitt der Situation des muttersprachlichen Unterrichts in Kurdisch an deutschen Schulen.

Wenn die Autorin zu Beginn den theoretischen Bezugsrahmen absteckt, so bringt sie damit fachfremde Leserinnen und Leser zunächst mal auf den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Kontroversen. Multikulturalistischen Konzepten steht sie misstrauisch gegenüber, weil diese - auch wenn sie vordergründig auf Seiten der Migrantinnen und Migranten stünden - ökonomische Ungleichheit und rechtliche Diskriminierung weitgehend unberücksichtigt ließen. Skubsch fordert dagegen die Förderung der Selbsthilfepotenziale der Einwanderergruppen - und dies auch in pädagogischer und bildungspolitischer Hinsicht. Auf der anderen Seite müssten Konzepte interkulturellen Lernens sich in stärkerem Maße auf Angehörige der Mehrheitsgesellschaft beziehen: "verinnerlichte Traditionen, abendländische Höherwertigkeitsvorstellungen und Ausgrenzungsprozesse sollen durch eine kulturelle Selbstreflexion bewusst gemacht werden." Bildungspolitisch sieht die Erziehungswissenschaftlerin ein Problem insbesondere darin, dass deutsche Schulkonzepte nach wie vor am Bild des nicht-eingewanderten, einsprachig aufgewachsenen Kindes orientiert sind, dessen Sozialisation in einer als sprachlich und kulturell homogen gedachten Welt stattfindet. Zwar habe eine

Kultusministerkonferenz im Jahr 1996 die Heterogenität der Schülerschaft zum "allgemein pädagogisch relevanten Faktum" erklärt, Taten aber - so Skubsch - seien dieser Einsicht bisher kaum gefolgt. "Die Aufnahmegesellschaft muss sich von der Vorstellung verabschieden, die Einwanderung sei erst durch die Assimilation der Zugewanderten an die Mehrheitsethnie erfolgreich abgeschlossen. In einer zunehmend globaleren Welt verlieren traditionelle nationalstaatliche Bindungen und Loyalitäten an Bedeutung. Migrantenminderheiten, die ihre ethnischen Selbstdefinitionen durch Bindungen zur Herkunftsregion ständig reproduzieren, sind genauso als Phänomen dieser Entwicklung zu sehen, wie die europäische Integration, die die Bedeutung des Nationalstaates zugunsten einer europäischen Identität bzw. regionaler Bindungen verringert."

Im zweiten Teil behandelt Sabine Skubsch die Ursachen des türkisch-kurdischen Konflikts, der zu Beginn der 1980er Jahre die Massenmigration von Kurdinnen und Kurden nach Deutschland auslöste. Sie beschäftigt sich mit dem türkischen Bildungswesen, da die Zurückhaltung vieler kurdischer Eltern gegenüber der deutschen Schule auf ihren eigenen Erfahrungen mit türkischen Schulen beruht. Ein Thema von Gewicht ist letztlich auch die deutsche Türkeipolitik, weil sie sich innenpolitisch in äußerst negativer Weise auf das Verhältnis deutscher Institutionen und der Öffentlichkeit gegenüber der kurdischen Migrantengruppe auswirkt und eine Förderung spezifischer sozialstaatlicher Angebote oder einer öffentlichen Unterstützung des Selbsthilfepotenzials erschwert.

Im letzten Teil untersucht Sabine Skubsch die aktuelle Situation des muttersprachlichen Unterrichts auf Kurdisch in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Von Interesse sind dabei die institutionellen Rahmenbedingungen, methodisch-didaktische Aspekte, die Resonanz bei kurdischen Eltern und Schülern sowie die Einbettung in den Schulalltag.

Skubsch plädiert unter Gesichtspunkten der Sprach- und Denkentwicklung dafür, dass die kurdischen Kinder die Chance bekommen, ihre Erstsprache ungehindert neben der Mehrheitssprache entwickeln zu können. Durch die

Donnerstag, 27.2.2003, 19 Uhr
Kurdische Migration und deutsche
Bildungspolitik
Vortrag von Dr. Sabine Skubsch
(Karlsruhe)
Veranstalter: AK Ausländer
Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9

Verdrängung der Familiensprache in Kindergarten und Schule kommt es häufig zu einer doppelseitigen Halbsprachigkeit. So können die Kinder und Jugendlichen zwar in verschiedenen Sprachen an der Kommunikation teilnehmen, aber keine der Sprachen altersadäquat anwenden. Auf der anderen Seite ist die Fähigkeit, sich in verschiedenen Sprachen ausdrücken zu können, die Basis interkultureller Kompetenz.

Wenn das deutsche Bildungssystem sich insgesamt zu wenig universalistisch und interkulturell zeigt, hat dies auch damit zu tun, dass die Öffentlichkeit nach wie vor so tut, als sei Deutschland "einsprachiges" Land. Tatsächlich gibt es aber kaum noch ein monolinguales Land. In Großstädten wie Frankfurt stellen die Migrantinnen und Migranten einen Bevölkerungsanteil von fast 30 Prozent, selbst in der Stadt Celle dürften zur Zeit jeder zehnte Einwohner einer Migrantenfamilie angehören. Vor diesem Hintergrund setzt sich Sabine Skubsch dafür ein, dass das Bildungssystem den Menschen, deren Muttersprache nicht deutsch ist, Angebote macht, zweisprachig zu werden, damit sie mit ihren Eltern sprechen können und etwas über ihre Geschichte und Kultur erfahren können. Neben der Förderung bilingualer Kompetenz hält sie es für sinnvoll, auch die "lebensweltliche Zweisprachigkeit", die Kinder ethnischer Minderheiten in die Schule einbringen, zur Entwicklung der interkulturellen Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler pädagogisch zu nutzen. Als wesentliche Momente für den muttersprachlichen Unterricht arbeitet die Autorin heraus: die Verbesserung der Lernsituation kurdischer Kinder, die Anerkennung der kurdischen Minderheit, die Stärkung der Familienkommunikation

und die Herstellung einer realen, nicht mythisch verklärten Verbindung der kurdischen Bevölkerung zu Kurdistan.

Im Vergleich der Bundesländer schneidet Niedersachsen aus Sicht der Erziehungswissenschaftlerin sehr positiv ab. Vor zehn Jahren schuf das Kultusministerium die Voraussetzungen zur Durchführung des muttersprachlichen Unterrichts in kurdischer Sprache, an dem - unterrichtet in acht Städten von neun Lehrern - im Schuljahr 2000/2001 landesweit 577 Schülerinnen und Schülern teilnahmen. Als Negativbeispiel muss Baden-Württemberg erhalten, das den muttersprachlichen Unterricht in Verträgen mit den Herkunftsländern regelt. Der Unterricht wird hier von den jeweiligen Konsulaten organisiert, beaufsichtigt und durchgeführt - und das nun wieder bedeutet, dass es kurdisch als Muttersprache nicht gibt.

In Städten mit größeren kurdischen Migrantengruppen sollten gerade im Bildungsbereich engagierte Menschen die Studie von Sabine Skubsch mit Aufmerksamkeit lesen. Die Auswirkungen der deutschen Türkeipolitik auf das Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu den eingewanderten Kurdinnen und Kurden dürfte für viele ebenso erhellend sein wie die Kritik der Autorin an der Befangenheit des hiesigen Schulwesens in unhaltbaren Homogenitätsmythen.

RR

Sabine Skubsch: Kurdische Migration und deutsche (Bildungs-)Politik. Beiträge zur Kurdologie, Band 5, Unrast-Verlag Münster 2002, 380 Seiten, ISBN 3-89771-013-7, 15 Euro

Medienmitteilung:

ver.di bezieht Stellung gegen Krieg und Hartzkonzept



Die 1. ordentliche Konferenz des ver.di-Bezirks Lüneburger Heide wählte Peter Dietrich aus Celle zu ihrem Vorsitzenden. In den Bezirksvorstand wurde aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. H-D Charly Braun und aus dem Raum Celle wurden Elke Schaefer (Kita Winsen) und Ute Benz (Post, Fassberg), Helmut Sauer und Werner Schenkemeyer (beide Personalrat Stadt Celle), Dr. Ernst-Günther Mörsel (Allgem. Krankenhaus) gewählt.

Mit seinen - meist einstimmigen - Beschlüssen bewies die ver.di-Konferenz, dass sie zu wichtigen sozialen und gesellschaftlichen Fragen gut begründet Stellung bezieht und handlungsfähig ist.

Unter dem Titel "Kein Blut für Öl" fordern die GewerkschafterInnen von der Bundesregierung, "jede militärische, finanzielle und politische Unterstützung dieses Krieges zu unterlassen" und die ABC-Spürpanzer aus Kuwait zurückzuziehen.

Die Hartz-Vorschläge wurden als Politik gegen Arbeitslose und Beschäftigte kritisiert und stattdessen wird von der Bundesregierung gefordert "existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen durch Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung des Reichtums von oben nach unten". Investitionen sind notwendig in Bildungswesen, guter

Kinderbetreuung, menschenwürdiger Altenbetreuung, qualitätssichernder Gesundheitsversorgung und umweltverträglicher Energiegewinnung sowie Sanierung der Wasserver- und Entsorgung.

Gegen das Ansinnen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften aus den Entscheidungen der Arbeitsämter rauszudrängen, fordert die Konferenz die Ausweitung der regionalen Selbstverwaltung um Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in den Regionen erfolgreicher mitzugestalten.

Zurückgewiesen wird das jüngste Verlangen der Länderregierungen von Schleswig-Holstein, Sachsen und Berlin nach Tariföffnungsklauseln für die Landesbeschäftigten. Die ver.di-Kolleginnen und Kollegen "verstehen das als eine Kampfansage, die sich nicht nur gegen die aktuelle Tarifforderung richtet, sondern auch gegen die Tarifautonomie". Sie betonen, dass sie sich "gegen solche undemokratischen und unsozialen Maßnahmen zu wehren wissen."

Weitere beschlossene Anträge beinhalten die Stärkung der Interessenwahrnehmung durch Ehrenamtliche, Sicherung der Ansprüche auf Betriebsrenten bei Konkurs und Verbesserung des gesetzlichen Strahlenschutzes besonders für Frauen.

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle Immer Freitags, Beginn: 20.30 Uhr Eintritt: 4,50 EUR

14.02.2003: "Taxi - Eine Nacht in Buenos Aires"

Argentinien 2001, 93 Minuten, Spanische Originalfassung mit deutschen Untertiteln
Zwei Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, die sich in der Einsamkeit der Großstadt durch Zufall finden, verlieren, wiederfinden.

21.02.2003: "Wahnsinnig verliebt"

Frankreich 2002, 109 Minuten,
Amélie, das war die herzerreißend einsame kleine Kellnerin, die mit, genau genommen gar nicht so harmlosen Streichen, ihre Mitmenschen manipuliert. Bei Angélique werden diese Streiche zur krankhaften Belästigung. Ihre fabelhafte Welt hat von Anfang an einen leicht dämonischen Drall. Der zu Beginn hoffnungsvolle Liebesfilm wächst sich zum psychologischen Thriller aus.

28.02.2003: "Die weiße Rose"

BRD 1982, 123 Minuten, Regie und Drehbuch: Michael Verhoeven
München 1942- Die Studentengruppe "Weiße Rose", unter ihnen die Geschwister Scholl, ruft zum Widerstand gegen Hitler und sein Regime auf. Während sich die Schlinge der Gestapo immer enger um die Studenten zieht, knüpfen sie Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen und sogar zu hohen Militärs. Anfang 1942 schlägt die Gestapo zu. Hans und Sophie Scholl werden im Hof der Münchner Universität verhaftet. Der Volksgerichtshof unter seinem Vorsitzenden Freisler verurteilt sie zum Tode. Das Urteil wird am 22. Februar 1943 vollstreckt.

07.03.2002: "Kleine Mißgeschicke"

Dänemark 2001, 109 Minuten
Ebenso humorvolle wie bewegende Familiengeschichte aus Dänemark, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel für den besten europäischen Film, Berlinale 2002
Eben noch sind die Olsens eine glückliche Familie, kurze Zeit später sehen sich deren Mitglieder mit dem Unfalltod der Mutter konfrontiert. Ein Schock für alle, mit dem jeder auf seine Art zurecht zu kommen versucht. Mit zurückhaltenen Humor, teils auch absurder Komik beschreibt Annette Olesen die innere Entwicklung, die die Krise bei den einzelnen Familienmitgliedern auslöst.

14.03.2003: "Verrückt nach Paris"

Deutschland 2001, 90 Minuten,
Heide, Philip und Karl, drei Behinderte, machen auf eigene Faust Urlaub vom Heim. Daraus entwickelt sich ein Road-Movie, das an Witz, Tempo und Esprit viele andere Komödien in den Schatten stellt.

21.03.2003: "Zugvögel - Einmal nach Inari"

Deutschland/Finnland 1997, 87 Minuten, Regie und Buch: Peter Lichtefeld
Der schüchterne Dortmunder Bierfahrer Hannes (Joachim Król) hat nur eine Leidenschaft: Er studiert Zugfahrpläne. Er will den internationalen Wettbewerb der Kursbuchleser gewinnen, der im finnischen Inari stattfindet. Weil der Chef ihm nicht freigibt, schlägt er ihn verzweifelt nieder und macht sich auf den Weg. Auf der Zugreise begegnet er der Finnin Sirpa und verliebt sich in sie. Was Hannes nicht ahnt: Sein Chef wurde tot aufgefunden. Der Zufall bewahrt den ahnungslos Tatverdächtigen immer wieder vor der Verhaftung.

28.03..2003: "Die Legende von Paul und Paula"

DDR 1973, 105 Minuten, Buch: Ulrich Plenzdorf, Regie: Heiner Carow
Die Liebesgeschichte mit den Stars Winfried Glatzeder und Angelica Domröse ist der DDR-Kultfilm schlechthin. Paula lebt allein mit beiden Kindern. Paul dagegen praktiziert den sozialistischen Realismus und bastelt an seiner Parteikarriere ohne Scheidung.



Teatime Texte & Törtchen

Veranstalter: Achteinhalb - Kino & Kultur e.V. in Zusammenarbeit mit der Teekanzlei Celle und dem Bücherhaus Buchfink.

Ort: Kunst & Bühne am Nordwall 46

Beginn: jeweils um 17 Uhr

Eintritt: 8 Euro

23.02..2003: "Phantastische Begegnungen"

Anke Engelsmann und Johannes Henn lesen und spielen poetische und literarische Raritäten aus der Weltliteratur

30.03..2003: "Oskar Ansul liest"

ging ich auf und ging ich unter - Celle in Dichtung und Wahrheit

TERMINE

So, 09.02.2003, 11.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Sowjetische Kriegsgefangene in
Bergen Belsen. Eine Führung durch
das Dokumentationszentrum und über
das Gelände des ehemaligen Lagers

Mi, 12.02.2003, 19.30 Uhr

Buntes Haus
Hannoversche Str. 30F, Celle
Die USA im Mittleren Osten und ihre
"Friedensmission" - Permanenter Krieg
als neue Strategie der Weltführung?
Vortrag von Dr. Gazi Caglar (Uni
Hannover)

Sa, 15.02.2003, 20.00 Uhr

KUNST & BÜHNE, Nordwall 46
Eintritt: 9.- Euro / erm. 6.- Euro
"CHILL-OUT"
Ein Störfall in Celle. Die Kabarettisten
aus Hannover über Macken und
Marotten im Zeitalter von E-mails,
Meetings, Briefings, Consultings und
Outsourcings. Der Chill-out droht!

Di, 18.02.2003, 19.30 Uhr

Buntes Haus
Hannoversche Str. 30F, Celle
Dia-Vortrag: Eine andere Welt ist mög-
lich! Weltsozialforum in Porto Alegre
2003

Mi, 19.02.2003

Mo.-Fr. 08.00-20.00 Uhr
Foyer der Volkshochschule Hannover
Theodor-Lessing-Platz 1, Hannover
TATORT STADION
Ausstellungseröffnung des Bündnis
aktiver Fußballfans (BAFF) über
Rassismus und Nationalismus in
Fußballstadien
(www.tatort-stadion.de)
(Ausstellungsdauer bis 15.03.2003)

Sa, 22.02.2003, 20.00 Uhr

KUNST & BÜHNE, Nordwall 46
Eintritt: 9.- Euro / erm. 6.- Euro
"Zypresen bei Sonnenaufgang"
Solostück von und mit Christian
Ehring. In dem tragikomischen Mono-
log versucht ein versponnener Außen-
seiter auf ebenso geniale wie neuroti-
sche Weise, die Realität umzuschreiben
und endlich "die Dinge in einen ganz
neuen Zusammenhang zu stellen."

Mi, 26.02.2003, 19 Uhr

Veranstalter: AK Eine Welt,
Weltladen, Zöllnerstr. 29, Celle
Burundi - schönes aber schwieriges
Land
Vortrag eines Vertreters des Vereins
IREMBO über soziale und politische
Konflikte, Friedens- und
Versöhnungsperspektiven in Burundi

Do, 27.02.2003, 19 Uhr

Veranstalter: AK Ausländer
Urbanus-Rhegius-Haus,
Fritzenwiese 9, Celle
Kurdische Migration und deutsche
Bildungspolitik
Vortrag von Dr. Sabine Skubsch
(Karlsruhe)

So, 02.03.2003, 11.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Veranstalter: Niedersächsischer
Verband Deutscher Sinti, Verein
"Gegen Vergessen – Für Demokratie",
Gedenkveranstaltung zum 60.
Jahrestag der Deportation von Sinti
und Roma aus Norddeutschland

So, 02.03.2003, 13.00 Uhr

Ort: Gedenkstätte Bergen-Belsen
Eröffnung der Sonderausstellung mit
Bildern von Ceija Stojka (Wien)
(Ausstellungsdauer bis 30.4.2003)

Mi, 12.03.2003, 19:30 Uhr

Buntes Haus
Hannoversche Str. 30F, Celle
"Arbeitswahn & Repression"
Vortrag und Diskussion mit Norbert
Trenkle (Zeitschrift Krisis)

So, 16.03.2003, 11.00 Uhr

Gedenkstätte Bergen-Belsen
Anne Frank im Konzentrationslager
Bergen-Belsen
Eine Führung mit Elke von Meding
durch das Dokumentationszentrum
und über das Gelände des ehemaligen
Lagers

Sa, 29.03.2003, 19.30 Uhr

Buntes Haus
Hannoversche Str. 30F, Celle
Eintritt: 6,- Euro / erm. 2,50 Euro
Lesung mit Rainer Trampert und
Thomas Ebermann aus ihrem neuen

Buch "Sachzwang und Gemüt"
Sarkastische und analytische Texte
über die Republik, die Welt und die
Nachbarn

Mi, 02.04.2003, 19 Uhr

Veranstalter: AK Eine Welt
Ort: wird noch bekannt gegeben
Attac - zu Geschichte, Programmatik
und Perspektiven der
globalisierungskritischen Organisation
Vortrag von Sakia Teepe und Christina
Deckwirth

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -13 Uhr

Forum gegen

Rechtsextremismus und Gewalt:

jeden 1. Mittwoch im Monat 19
Uhr c/o DGB-Celle, Trift 21, 29221
Celle

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Montag 18 Uhr

Archiv

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

Plenum

jeden Donnerstag 19 Uhr

Volxküche

jeden Sonntag 18 Uhr

Deutschkurs für MigrantInnen

jeden Dienstag und Donnerstag
16.30-18.00 Uhr

Geschichtswerkstatt

jeden 4. Montag im Monat
19.30 Uhr

Forum gegen Atomindustrie

jeden 1. Mittwoch im Monat
19.30 Uhr

Antikriegsplenum

jeden Donnerstag 20 Uhr